

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stuckateure und verwandten Berufsgenossen,
sowie der
Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementsspreis pro Quartal M. 1 (ohne Verschluß),
bei Zusendung unter Kreisband M. 1,40.

S herausgegeben: Johann Stanning.
Verantwortlicher Redakteur: Fritz Baepplow, Elbe in Hamburg.
Medaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Bremmerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen
für die blergespaltene Zeitigste über deren Raum 80 A.
Postkatalog Nr. 8884.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Inhalt: Die „christlichen“ Gewerkschaften. — Die Streitkunst. — Mündschau. — Die Gewerkschafts-Organisationen Deutschlands im Jahre 1899. — Bauarbeiterklub. — Das Baugeschäft in Bremen. — Brief aus der Schweiz. — Sozialbewegungen und Streiks. — Ausführungen der Gewerkschaften. — Ultralink. — Tendenz: Die Ausführungen von Industriedauten in der Zukunft.

Die „christlichen“ Gewerkschaften.

In einer Maurerversammlung zu Berlin hielt kurzlich der Vorsitzende unseres Verbandes, Genosse Bömelburg, einen Vortrag über das Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung im inneren Zusammenhange mit der Politik“. Er vertrat da in der Frage der „Neutralität“ der Gewerkschaften denselben Standpunkt, den auch unser Blatt eingenommen hat, d. h. er wandte sich gegen die von verschiedenen Seiten befürwortete Neutralitätsklärung der Gewerkschaften, indem er geltend machte, daß die Gewerkschaften genötigt seien, auch Politik zu treiben. Er unterzog dabei auch die „christlichen“ Gewerkschaften einer kritischen. Die ultramontane „Katholische Volks-Zeitung“ unterwirft diese Ausführungen Bömelburg's einer Kritik, mit der wir uns etwas näher beschäftigen wollen: Zunächst schreibt sie:

„Wenn man davon redet, die Gewerkschaften sollen neutral sein, so denkt man nicht daran, daß sie sich um öffentliche Angelegenheiten kümmern, sondern daß sie keine Partei-politische Vereine nicht bilden, sondern daß sie als Wahlvereine einer bestimmten Partei dienen und die Parteipropaganda, d. h. hier die sozialdemokratische Propaganda, zu ihrer Aufgabe machen sollten.“

Herr Bömelburg will aber gerade den Zusammenhang der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie schärfend wissen. Er behauptet, die katholischen Gewerkschaften seien gezwungen worden zur Unterstützung der ultramontanen Partei, die Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften ständen in Zusammenhang mit der Sozialdemokratie; so besteht erst recht ein Zusammenhang zwischen den „freien“ Gewerkschaften und der Sozialdemokratie; sie seien von der Sozialdemokratie als deren politisch Gesetzgebter organisiert worden und hätten gemeinsam mit ihr recht schwere Zeiten durchgemacht. Die Hirsch-Düncker'schen Vereine lassen wie bei Seite, aber was die christlichen Gewerkschaften angeht, so müssen wir entscheiden, ob sie zur Unterstützung des Zentrums gezwungen seien. Sie sind gezwungen, existens um der Arbeiter selbst willen und dann als Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Als politische Gefolgschaft des Zentrums können sie schon bestellt nicht angebrochen werden, weil sie Katholiken und Protestant unifizieren und jeder Versuch, sie politisch für das Zentrum auszunutzen, ihre Spaltung bedeuten würde. Sie wollen keine Parteipolitik treiben, sondern das Wahlrecht des Arbeitersstaates fördern.“

Es würde ein Monstros sein, wenn jemand sagte, daß die Gewerkschaften sich allerdings um öffentliche Angelegenheiten kümmern, aber keine Parteipolitik treiben sollen. Denn es gibt nicht eine einzige Partei für die Interessen der Arbeiter in Betracht kommenden Fragen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik u. s. w., von der sich sagen läßt, daß sie der mehr oder weniger widerstreitenden Parteipolitik entgegen setzt und ihre Entwicklung unabhängig von dieser Politik erfolgen kann. Wer z. B. eine wirkliche, eine ehrliche und ausreichende Sicherung des Koalitionsrechtes will, der muß logischer Weise sich zur sozialdemokratischen Parteipolitik bekennen, welche im Gegensatz zu den Politik anderer Parteien die Gewähr einer solchen Sicherung bietet. Arbeiter, welche die politische Gefolgschaft reaktionärer Parteien bilden, werden, wenn es ihnen ernsthaft um die Sicherung des Koalitionsrechtes an ihm ist, wohl aber über sich zu der Politik dieser Parteien in Gegensatz stellen müssen.

Bömelburg's Ausführungen, betreffend die katholischen Gewerkschaften, entsprechen durchaus der Wahr-

heit. Sie sind, wie wir schon früher des Desteren nachgewiesen haben, tatsächlich gezwungen nicht um der Arbeiter willen, sondern einmal zur Unterstützung der ultramontanen Partei wie der klerikalen Streubungen überhaupt, und sodann, um die Arbeiter von einem entschlebten und selbstständigen Vorgehen gegen das Unternehmertum zurückzuhalten. Der sehr schärfstätige Bischof Ketteler von Mainz wies unter dem unmittelbaren Eindruck der Propaganda Ferdinand Lassalle's in den sechziger Jahren dem Ultramontanismus die Wege, sich die Arbeiterorganisation nutzbar zu machen. Er ermunterte die Arbeiter zum Kampfe gegen das „gottlose Kapital“, wies sie energisch auf die Notwendigkeit der Organisation hin, aber durchaus in Rücksicht auf die kirchlichen Interessen. Als dann bald darauf der Kulturmampf die Bildung einer geschlossenen ultramontanen Partei, der Zentrumpartei, zeitigte, war dieselbe von vornherein ganz selbstverständlich darauf bedacht, sich der katholischen Arbeiter zu versichern. Der bloße Hinweis auf die Gefährdung der Interessen der Kirche genügte dazu nicht. Die Zentrumpartei versprach den Arbeitern „Schutz und Förderung ihrer berechtigten Interessen“; sie kam dem mehr und mehr auch in der katholischen Arbeiterschaft ganz natürlich genäß sich geltend machen. Bedürfnis nach einer Organisation für den wirtschaftlichen Kampf entgegen. Sowohl die katholische Geistlichkeit, wie das katholische Unternehmertum und die katholische Beamtenchaft begünstigten diese Organisation, um sie zu lenken und von sich abhängig zu machen, und so ihre Selbstständigkeit zu verhindern.

Einer der mancherlei Vorwände dafür war: es galt die katholischen Arbeiter zu behilfen vor der „Führung durch die Sozialdemokratie“. Wir können Dingen von Bepfeilen dafür erbringen, daß die ultramontanen Herren den katholischen Arbeitern glauben zu machen versuchten: sie könnten, ohne sich an ihrer Religion und Kirche zu verhindern, weder im wirtschaftlichen noch im politischen Kampfe mit sozialdemokratischen Arbeitern zusammengehen. Noch im Jahre 1898 verhinderte der Vorstand der Zentrumpartie in einem Wahlaufrufe: „Wer dem Zentrum angehören will, muß standhaft davon durchdringen sein, daß kein gläubiger Christ auch nur vorübergehend und in Einzelfragen mit der Sozialdemokratie liebhängt darf.“

Über die Macht der Thatsachen, die Logik der Entwicklung war stärker als die ultramontane Demagogie. In die organisierte katholische Arbeiterschaft hat die Ereignislinie Einzug, daß es Thorheit sei, im Kampfe gegen das Unternehmertum, im Ringen nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen auf die Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu verzichten. Diese Ereignislinie hat in den letzten Jahren mehr und mehr sich geltend gemacht. Thatsächlich sind in einigen großen Streiks bereits die katholischen Arbeiter mit den sozialdemokratischen zusammen gegangen. (Burke bei den Maurern in Dortmund und vor einigen Wochen in Hannover.) Das bereits den ultramontanen Herren schweren Kummer, aber sie sind klug genug, gute Menschen dazu zu machen.

In letzter Zeit hat sich herausgestellt, daß die Vergewaltiger ihrer Kartell zu einer gemeinsamen Lohnabreda vereinigt haben. Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ hat den saubersten Plan aufgestellt und die Vergewaltiger, die vier verschiedenen Organisationen angehören, zu geschlossener Abwehr aufgefordert. Da schreibt nun der „Bergknappe“, das Organ der „christlichen“ Bergarbeiter, betreffend diese Aufrufserwerbung:

„Es besteht hierüber Märkte genug. Einvernehmen muß insoweit bestehen, daß es selbstverständlich ist, daß alle organisierten Berg- und Hüttenarbeiter gemeinsam den Schlag des Kapitals abzuwehren haben, der gegen sie alle geführt wird. Neben die Mittel noch zu berufen, wäre auch unmöglich verachtbare Zeit. Bedes Mittel ist uns da darum, die Freiheit der Arbeiterschaft zu föhren und mit dem brüderlichen Unternehmertum den Kampf gegebenenfalls aufzunehmen. Organisation und Mitteln zum Kampfe, das ist die erste und vornehmste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Sobald sich dann das erste Begegnen des Kampfes des Unternehmertums, die systematische Lohnabreda zeigt, schlagen wir los! Nur auf der Wacht!“ Jeder seine Pflicht und Schuldigkeit!“

Dasselbe Blatt bemerkt weiter:

„Und nur ausgerissen, ihr Herren von „Bildung und Wohl“, ihr Könige der Industriegebiete! Es öffnet sich euch da eine Perspektive, um die euch Staaten bedient werden! Wer ist überhaupt der Träger und die Stütze des Staates, wenn nicht ihr, edle Herren? Wenn ihr eine Revision des monarchischen Gesetzes anstrebt, heißt das alles vor euch und liegt im Staube der Erde vor einem Felsen!“

Vergewaltiger! Merkt ihr bald, wo es drauf hinausgeht? Und ihr, Kameraden, die ihr noch immer der Organisation fernsteht, leuchtet euch bald ein, was euch in Sicht steht? „Der Krieg muß gewonnen werden, dann hat er auch Ruhe zum Sterben!“ Wenn ihr jetzt noch nicht wagt werdet und euch der Organisation nicht anschließt, verdient ihr Löhnen zu erhalten. Sichtung der Organisation, des Gewerbevereins, kann die Vergewaltiger allein vor dem geplanten Thrennen des Unternehmertums retten.“

Manchen der ultramontanen Herren mag Entsetzen gepaßt haben ob dieser Sprache der „christlichen“ Arbeiter, denn schärfer und grimmiger kann auch ein sozialdemokratisches Blatt den Kampf gegen das Unternehmertum nicht verhindern. Überhaupt ist in den letzten Jahren in den Reihen der organisierten katholischen Arbeiter immer energischer das Bestreben hervorgetreten, sich von der Vormundschaft der Herren Geistlichen, Unternehmer zu frei zu machen. Die ultramontane Presse, ignorirt diese Thatsache oder wenigstens ihre Bedeutung. Das eingangs zitierte Blatt, die „Kölner Volks-Ztg.“, behauptet, der Grund, warum man auf die Idee der Neutralitätsklärung gekommen sei, das „Erstarren der christlichen Organisationen“ und bemerkt dazu:

„Das ist ein Beweiszeugnis für diese Organisationen, denn es verhält die Besorgniß der Sozialdemokratie vor diesem Wettbewerb. Die Besorgniß wäre nicht vorhanden, wenn sie für ungünstig erachtet würden. Die „freien“ Gewerkschaften zählen 1899 rund 598 400 Mitglieder. Die christlichen Gewerkschaften zählen am 1. April d. J. 188 507 Mitglieder. Außerdem bestehen noch verschiedene Verbände „Arbeiterklub“, aus denen sich christliche Gewerkschaften entwirken dürften. Mit diesen bezugs die Zahl der organisierten christlichen Arbeiter 148 204. In den letzten sechs Monaten vor dem 1. April war ein Anstieg von 81 000 zu verzeichnen.“ Eine andere Statistik gibt die Mitgliedszahl der „christlichen“ Gewerkschaften jetzt auf 162 000 an. Deinetwegen man hierzu die Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften mit 86 700 Mitgliedern und eine Reihe wirtschaftsneutraler Verbände mit 69 000 Mitgliedern, so stehen den sozialdemokratisch organisierten 598 400 Arbeitern schon 808 800 nicht sozialdemokratische gegenüber. Bedenkt man, welche großen Schwierigkeiten den christlichen Gewerkschaften entgegenstehen, Vorurtheile, sozialdemokratischer Terrorismus usw., so muß man gestehen, daß sie bereits eine Macht bilden, und man begreift, daß der Sozialdemokratie unbehaglich dabei wird. Der Aufschwung, den sie in letzter Zeit genommen haben, läßt die Hoffnung nicht mehr utopisch erscheinen, daß sie einmal die sozialdemokratischen Gewerkschaften erreichen und überflügeln.“

Es ist ein schwerer Ferthum, zu glauben, daß der Wettbewerb der „christlichen“ Gewerkschaften die Sozialdemokratie, mit Besorgniß“ erfülle, daß es ihr vor dieser Macht „unbehaglich“ werde. Das Gegenteil ist die Wahrheit. Denn schon die eine Thatsache, daß auch die „christlichen“ Arbeiter die Notwendigkeit der Organisation und des Kampfes gegen das Kapital immer mehr anerkennen, ist schon Gewähr dafür, daß ihre völlige Emanzipation von ungehöriger Vor-

mundhaft nur eine Frage der Zeit ist. Die Logik der Thatsachen macht nicht Halt vor den Wünschen der ultramontanen Herren. Ganz unweifelhaft werden die „christlichen“ Organisationen sich nicht in einer Richtung entwickeln, die der Sozialdemokratie feindlich ist. Ganz abseits von der Frage der „Neutralität“, durch den Zwang der Umstände werde sie zu gemeinsamer Aktion mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für höhere Löhne und längere Arbeitszeit, zur Abwehr der Unternehmerwillkür zusammengeführt. Und ist dieses Zusammenwirken erst einmal Regel, anerkannte Tatsituation geworden, so ergiebt sich daraus die weitere Entwicklung für die „christlichen“ Organisationen ganz von selbst. Diese Entwicklung wird unvermeidlich zum demokratischen Sozialismus, zur Arbeiterpartei, zur Sozialdemokratie führen. Darum kann auch aus dem Vorhandensein und dem bestehenden Anwachsen der „christlichen“ Gewerkschaften kein Grund abgeleitet werden, die Gewerkschaften zur Neutralitätsklärung veranlassen zu wollen.

Die Streifflausel.

Das organisierte Bauunternehmerthum darf sich — selber! — rühmen, in seinem Kampf um die Aufnahme der Streiklaue in die Bauverträge einige Erfolge erreicht zu haben. Der „Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“ hat vole. wir. in Nr. 35 schon kurz mittheilten, von der Hochbaudeputation der Stadt Schöneberg folgendes Schreiben erhalten:

"Wir haben beschlossen, bei Vergabeung von Bauarbeiten folgende Strafmaßel in die Verträge aufzunehmen: Wenn der Beginn oder während der Dauer der Bauausführung ein Zustand des Arbeitnehmer ausbricht oder vor der Generalversammlung des Verbands der Baugeschäfte eine Bau sperre verhängt (1) wird, so ruht während der Dauer oder der Sperr'e des Auslandes die Verpflichtung des Unternehmers zur Fördierung der von dem Zustand oder der Bausperre betroffenen Arbeiten, falls die städtische Baudeputation nicht ausdrücklich das Gegenteil befiehlt. Soweit im Bauvertrage Freiten oder Termine festgelegt sind, verlängert sich die Baugelt nach Entschließung der Baudeputation um die ganze oder um einen Theil der Dauer des Auslandes, oder der Bausperr'e, je nachdem ein ganzlicher oder ein teilweiser Stillstand der übernommenen Arbeiten herbeigesetzt ist. Alle Auslande der Arbeitnehmer im Sinne dieser Bestimmung gilt eine Arbeitsentstellung nur dann, wenn der Vorstand des Verbands der Baugeschäfte in öffentlichen Blättern bekannt macht, ob dem Baubauern förmlich angezeigt, daß ein allgemeiner oder teilweise Bau ausgeschoben sei."

Auch die Gemeinden Groß-Lichterfelde, Straelen, Reinickendorf, Charlottenburg, Britz, Lankwitz, Deutsches Wilmersdorfs haben sich der Forderung des Unternehmensmuseums gefügt und die Streitfallen bewilligt. Es ist dieser Erfolg ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß Bauunternehmer und deren Helfershelfer auf die Verwaltung dieser Gemeinden einen starken persönlichen Einfluß ausüben.

Die Stadt Berlin hat bekanntlich die Streitfallen „im Grundsatz“ abgelehnt, für „Einzelfälle“ hingegen, in denen es sich um eine „gewisse Zwangslage“ handelt, angenommen. Es bleibt nun ab

Die Ausführungen von Industriebauten in der Zukunft.

Nichts ist beständiger als der Wechsel." Dieses alte Sprichwort trifft auch auf das Baugewerbe zu, hauptsächlich soweit das zu verwendende Material in Betracht kommt. Die größere Zahl der am Bau beschäftigten Arbeiter bemerkt die Orange der Arbeit vielleicht kaum die vielen Neuerungen, die im Laufe der Jahre eingeführt worden sind oder wozu doch der Versuch gemacht worden ist. Sieht man die technischen Zeitschriften durch, so findet man, daß auch für das Baugewerbe eine Erfindung die andere drängt. Und fast alle diese Erfindungen haben das Eine gemeinsam: sie sollen das aufzuführende Gebäude verbilligen, Arbeitskräfte und, namentlich eine besondere Fachbildung der Arbeiter überflüssig machen.

Seit einer Reihe von Jahren wird dem Beton, in den verschiedenen Zusammensetzung und an den verschiedensten Stellen, eine besondere Bedeutung von den Technikern beigegeben. Bisher hat der Beton in ausgedehnter Maße nur Verwendung gefunden bei der Gründung von Bauwerken und in neuerster Zeit ja auch vielfach zu Keller- und Dämmebauten. Zu eigentlichen Mauern, und namentlich bei Wohnhäusern, ist dieser Konglomerat bislang nur ganz vereinzelt zur Anwendung gekommen. Kürzlich hat nun wieder einmal eine Fachzeitung entdeckt, daß der Beton das Zukunftsmaterial wenigstens für Fabrikbauten sehr müsse. „Uhlmann's Technische Ausstellung“ läßt sich diesbezüglich also bestimmen.

lägt hier diesbezüglich also verneinen.
Wir können am Schlüsse unseres 19. Jahrhunderts an
gema Kolosale Fabrikbauten in Komplexen sowohl, als in ihrer
Größe zurückblicken. Noch vor 50 Jahren würde Niemand die
heutigen Aufschwung der Industrie geahnt haben, und wie es ist
nochmals 50 Jahren mit dem Fabrikbau bestellt sein wird, das
dürfte schon gar bald zur Gelung kommen.

Die horrenden Summen, die bis jetzt angelegt wurden, müssen sich notwendig vervielfachen, soll nicht manche Industrie durch vor ihrer Entfaltung abgehalten werden. Wie die Zweige unseres Fabrikbetriebs giebt es, welche einzig auf das Großkapital verweisen sind, weil der Betreffende nicht die genugend Mittel hat, sich in allererster Linie nötige Fabri-

zuwarten, was die Erfahrung lehren wird, ob nicht die zugegebene Ausnahme sich zur Regel ausgestaltet; denn füglich kann in jedem Einzelfalle eine „gewisse Zwangslage“ geltend gemacht werden. Die Eventualität ist nicht ausgeschlossen, daß das gleichzeitige und die grundsätzliche Ablehnung des Unternehmerbegehrens nur einen theoretischen Wert behält. Uebrigens verlautet, daß die Verhandlungen des erwähnten Unternehmerverbandes mit der Stadt Berlin noch schwanken und ersterer der guten Hoffnung ist, doch noch die unabdingte Anerkennung der Streitklause zu erlangen. Man wundere sich also nicht, wenn eines Tages bekannt werden sollte, daß der Berliner Magistrat „nach nochmaliger reiflicher Erwägung der Angelegenheit und nachdem er vom Unternehmerverband befriedigende Konzessionen betr. Verhütung des Missbrauchs der Streitklause erhalten“ von seinem früheren Standpunkte zurückgekommen sei. Jedenfalls ist sicher, daß einflussreiche Elemente auf den Berliner Magistrat zu Gunsten einer solchen Lösung der Streitfrage einwirken suchen.

Die große Mehrzahl der Staats- und Kommunalbehörden hat, soweit bis jetzt bekannt geworden, sich gegenüber der Forderung der Unternehmer ablehnend verhalten. Auch die Hamburger Baudeputation hat die Aufnahme der Streikklausel verweigert und sich damit den Vorwurf der Baugewerks-Innungsinnungen zugezogen, die da glaubten, die Behörde werde sich ohnedies Weiteres ihnen fügen. Der 13. Bezirksstag des Norddeutschen Innungs-Bezirksverbandes und die 29. Delegierten-Versammlung des Norddeutschen Baugewerks-Vereins, die hier in Hamburg vom 19. bis 21. August tagten, haben „Stellung genommen“, um den behördlichen Widerstand zu brechen und zu zeigen, daß sie nicht nur die „Herren im Hause“ sondern auch die Herren im Staate und in der Gemeinde sind.

Die „Baugewerks-Zeitung“ stellt in ihrer Nr. 68 Betrachtungen an über den Zustand, in dem zwischen der eingegrenzten Baufähigkeit und der Streikklausel. Tatsache ist, daß fast überall in Deutschland in der letzten Zeit eine zum Theil sehr erhebliche Eingränderung der Baufähigkeit, die vor wenig Wochen noch eine ungemein rege war, stattgefunden hat. Welche Ursachen kommen da in Betracht? Die „Baugewerks-Zeitung“ behauptet, es sei höchst zweifelhaft.

Die eine ist in den immer schwieriger werdenden Goldverhältnissen zu erledigen und in der Tiefland, der besten Staats- und Kommunalpapiere. 8% Konsole, welche vor zwei Jahren 104 standen, stehen heute 94 und weniger. Neubauern verfügen die Bauvauten immer den Kreiß (die sogenannten Baugelder) oder machen ihn unerschwinglich teuer, so daß infolgedessen viele Bauten eingestellt werden. Für fertige Bauten wird dagegen die Hypothekendarleistung sehr schwierig. Der Zinsfuß für erste Hypothesen ist in dem letzten Jahre um mehr als ein Prozent gesunken. Wo man früher wollte zu 8% bis 9% p.v. Geld für erste Stelle erhielt, müssen heute 4% bis 6% p.v. gesucht werden und außerdem eine hohe Prohibition. Auch die auskommissäre Höhe der ersten Stelle wird stark herabgestuft, so daß die Grundbesitzer verhindert müssen, alte Hypothesen aufzunehmen, ob

gebäude herzustellen. Kosten die maschinellen Einrichtungen alle viel Gelb, so giebt es doch manche Erleichterungen in deren Anschaffung, da die Maschinenfabriken entsprechende Zahlungsbedingungen gewähren, während der Bauunternehmer heutigen Tages schon während der Bauausführung gewöhnlich den größten

Der weitere Umlauf, daß sich Fabrikten immer mehr schen befehlende Industriestädten etablieren, anstatt auf dem Lande, hat auch seine Bedeutung; die Terrains sind teuer und die Arbeitskräfte werden rar, also müssen höhere Löhne bezahlt werden. Schon wiederholbart hat mancher Fabrikant erzählt, wurde viel lieber an dem oder deren neuen Platz auf dem Lande sein Werk angelegt haben, das Vorhaben sei aber daran scheitert, weil kein entsprechendes Baumaterial in dieser Gegend aufzutreiben war, die Bauten also viel zu teuer gekommen wären usw. Das ist diejenige Seite der Sache, welche auffällig die Aufmerksamkeit gezeigt werden muß, nicht für bedächtigliche Bauten auf dem Lande, nein, auch für die Neuanlagen in der Stadt oder deren Bereich. Man mag einen Fabrik noch so einfach anlegen und alle überflüssigen Räthäuser und den Gebäuden weglassen — sie ist doch verhältnismäßig teuer, weil im Vergleich zu den engenindigen Werksmühinen der bloße Dach und Fach mit seiner lästigen Mächtigkeit zuviel vom Anlagefonds in Anspruch nimmt. Es soll also darauf hingewiesen sein, daß man an den Bauten mindestens ein Drittel sparen kann, nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande, und da gerade erst recht. Man wird genugsehen, daß bereits in anderen Ländern schon mit diesen Sparbauern begonnen ist und zwar mit Erfolg. Diese bestehen sich überall nicht nur auf Fabriken, sondern auch auf andere Profananlagen wie große Speicher, Hotels usw. Wenn beispielsweise in einer Stadt 1 cbm Mauerwerk aus Backstein über Terrain aufgenommen $M = 15$ Kosten soll, so kann man diese Mauerwerk gleich solchen Konglomerat schon zu $M = 10$ haben; soll der Preis auf dem Lande wegen Mangels an Ziegeln (wegen Zufuhren) noch größer sein, so kann die Reduktion der Kosten noch erheblicher werden, weil zu brauchbarem Konglomerat ausnahmslos das Baumaterial am Platze gefunden werden dürfte. Es sind schon viele Beispiele an solchen Bauwerken (im Auslande wenigstens) vorhanden, und da dürfte die Frage doch wohl zu erwägen sein, ob im deutschen Gebiet dergleichen

diese sind fast garnicht zu haben oder unverhältnismäig teuer. So kommt es, daß gegenwärtig ganz sollte und wohl jndicte Bauunternehmen in Geldverlegenheit sind, weil sie im Vertrauen auf die Zukunft Bauten in Angriff genommen haben, deren Fertigstellung ihnen jetzt unmöglich wird. Und diesenjenen Unternehmern, welche von vorneherein nur mit gesorgtem Gelde Bauten begonnen haben — und in jeder großen Stadt gibt es deren viele — stehen natürlich heute vor dem Vermögensverlust, und wenn trocken, die Salamäität bei diesen Leuten nicht in der ganzen Schärfe herporträt, so liegt das daran, weil die Bauunternehmen und Handwerker Nachicht über oder üben müssen, da bei eintretender Substitution des Gebäudes sie doch nicht herausgesuchten werden würden."

Diese Angaben entsprechen in der Hauptsache der Wahrheit. Unter so ungewöhnlich schwierigen Geldverhältnissen, wie sie gegenwärtig bestehen, ist eine Stockung des Baugeschäfts unvermeidlich. Hierzu kommt, daß in vielen Orten die Bauspekulation eine ehrliche und keineswegs gesunde Steigerung der Bauhätigkeit bewirkt hatte. Um so empfindlicher ist der jetzige Rückslag. Die politischen Ereignisse der letzten Monate haben die wirtschaftliche Gesamtlage höchst ungünstig beeinflußt. Geschäftstrocknung überall! Dass davon das Baugewerbe in erster Linie mit berührt wird, bedarf nicht der näheren Darlegung; kein anderes Gewerbe wird von wirtschaftlichen Krisen so unbedingt, so ohne Weiteres betroffen, als dieses; in keinem anderen spielt das unmittelbare Geldbedürfnis eine so ausschlaggebende Rolle, als in ihm, und nirgends sonst rächt sich das „Vertrauen auf die Zukunft“ unter Umbändern so schärfer, als hier.

„Zukunft“ unter Umständen so schwer, als hier.
Die zweite Ursache, welche die „Baugewerkszeitung“ angiebt, ist eine in tendenziöser Absicht, zu demagogischen Zwecken willkürlich erfundene. Das Rnttel-Dragn schreibt:

Die andere Ursache der sich berringernden Wauthäufigkeit ist in den häufig sehr freibaren Streifss zu suchen, welche auch da begonnen werden, wo erst wenige Wochen zuvor bindende Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu Stande gekommen sind. Wenn die Verhältnisse günstig sind, dann werden die Abmachungen fast nie mals geachtet, und günstig liegen die Verhältnisse für die Arbeiter überall da, wo bei öffentlichen Bauten Konventionalstrafen den Unternehmer bedrohen oder wo Privathäuser zu einem bestimmten Zeitpunkt fertiggestellt werden müssen, weil sie bereits für diesen Zeitpunkt vermietet sind. Da treibt dann ein Teil den anderen, und die Arbeiter bezw. deren Führer haben für diese Verhältnisse eine sehr feine Sensibilität. Nun kommt man dann „gute Konjunktur“, und der Streit wird begonnen, weil es ausgeschlossen ist.“

Dieser damagogische Humburg ist nicht neu. Die „Baugewerks-Zeitung“ hat ihn im Laufe der Jahre schon oft getrieben. Sie selbst muß zugeben, daß bis vor wenig Wochen noch die Baufähigkeit allgemein eine sehr rege war — bis die schwierigeren Geldverhältnisse sich geltend machten. Wenn bis vor wenigen Wochen die — bekanntlich schon vor Monaten, zu Anfang des Jahres begonnenen — sehr frivolen Streiks“ der Baufähigkeit nicht geschadet haben, wie könnte es kommen, daß sie gerade jetzt, wo noch bedeutende Bauten ihrer Fertigstellung harren, eine Einschränkung der Baufähigkeit ganz plötzlich bewirkt haben? Schwundell Auf die unwahre Behauptung, daß getroffene Ab-

nicht ebenso gut möglich wäre. Allerdings ist es leider eine bekannte Thatsache, daß ein gute Sache vorher auswärts ein halbes Jahrhundert angewandt werden sollt muss, bis sie im deutschen Baugewerbe erst festen Fuß zu fassen beginnt; allein mit dem 20. Jahrhundert, nachdem vorher in Paris an den großartigen Bauten die Vereinfachung und Verbilligung vorgenommen wird, könnte schließlich doch ein Funken der Erkenntnis die „Madamming“ entfachen! Deutlich darf sich aber der Fabrikant, welcher schnell, solid und billig bauen will, nie und nimmer lediglich auf den Unternehmer verlassen; ein eigenes Eingreifen und direkt zur Geltung zu bringende Initiative würden manche Fortschritte zeitigen, die im anderen Fälle nie zur Entwicklung kämen. Nicht mit Unrecht haben deshalb große Fabrikatelllements schon längst ihr eigenes Baubureau und ihre eigenen Leute, um Alles, was sie an Neu- oder Umbauten benötigen, in eigener Regie ausführen zu können. Sie gibt solche Werkstätten, die sogar die nötigsten Backsteine selbst brennen; wenn man da auf die Möglichkeit hinweist, bedeutende Ersparnisse erzielen zu können, so kann man gleichzeitig bemerkende, daß zum Konglomerat-Bau so gut wie keine Vorbereitungen (wie z. B. das Backsteinbrennen u. dgl.) nötig sind. Dieser Umstand in Verbindung mit der Thatsache, daß zum Konglomeratbereitstellen gewöhnliche Tagelöhner genügt, und man die streßlichen Mauerwerke entbehren kann, dürfte genügend, baufähige Fabrikanten auf die Sache aufmerksam zu machen. Nicht Alles, was theruer, ist nothwendig. Weisse besiegeln auch gut; es gibt viele gute Materialien, die sehr günstig sind und nur der Herbung und Verarbeitung harrten.

Bei dieser Gelegenheit sei auch noch einer anderen Seite

Zur weiteren Steigerung ist also nun einer anderen Seite dieser neuen Bauart gedacht, das ist die absolute maßliche Weite, die sich nicht nur auf das Umfassungsmauerwerk und die Scheidewände erstreckt, sondern ebenso auch auf Decken und Dächer. Betanztlich kommt man so langsam endlich zur Erkenntnis, daß das Universitätsmaterial, *oben* den Anforderungen nicht entspricht, die man bezüglich der Feuer Sicherheit an daszelfalstellen muß; also muß man suchen, dasselbe aus solchen Bauten wie das Hochschulgebäude soll und gegen Feuer gewappnet sein sollen, so viel wie möglich auszunutzen. Die gewaltsam efernen Bauten müssen auf ein Minimum reduziert werden, womöglich ganz außer Betracht kommen, gerade so wie die efernen Säulen können leichter nach umgangen werden und der Fabrikbetrieb

machungen „fast niemals geachtet werden“ von den Arbeitern, näher einzugehen, verloht sich nicht der Mühe. Dieser Vorwurf ist mit Zug und Recht dem Unternehmertum zu machen. Unter dem Einflusse der sich verringernden Bauhätigkeit haben Unternehmer vielfach die eingegangenen „bindenden Abmachungen“ durchbrochen.

Was die „Baugewerks-Zeitung“ mit der Heranziehung der „sehr frivolen Streits“ in ihrer Beurteilung bezweckt, geht aus Folgendem hervor:

„Solche Thatsachen müssten doch eigentlich mit Naturnotwendigkeit auf die allgemeine Einführung der so genannten Streitklausel hinweisen, denn die Nichteinführung derselben in die Bauverträge überliefert ja fast jeden Bauunternehmer, wodurch er das dem Agitationsamt mitteilt, und dennoch stößt die Streitklausel auf erhebliche Schwierigkeiten. Bei den Vertretungen der großen Städte kann man das begreifen. Dort haben die Sozialdemokraten oder die ihnen nahe verwandten Parteien häufig bereits einen maßgebenden Einfluss gewonnen, welches schon hier und dort zu der Drohung an die Bauunternehmer geführt hat, man werde die Kommunalbauten in Frage, das heißt durch städtische Beamte und Bauarbeiter, mit Umgehung der Bauunternehmer ausführen lassen, wenn sie an der Streitklausel festhalten sollten.“

Man könnte es ja eigentlich wünschen, daß die Stadtverwaltungen einmal in größerem Umfange ein solches Experiment machen. Sie würden dann sehen, um wieviel heuer an diese Art gebaut wird, und auch sie würden sehr bald die Arbeitsmarktsituation an eigenen Fleischkennen lernen. Freilich, „am eigenen Fleische“ ist zu viel gesagt, denn die Verbündeten haben ja nur mit dem Gelde der Gewerzahler und erleiden persönlich keinen Schaden durch heures Bauen, aber als getreue Verbündete fremder Gieber werden sie trocken willen, was sie zu thun haben. Weniger begreiflich erscheint uns der Widerstand gegen die Streitklausel bei den Staats- oder Provinzialbehörden, welche doch von sozialdemokratischem Einfluß frei sind. Es ist aber anzunehmen, daß von dieser Seite dem berechtigten Wunsche der Bauunternehmer auf die Dauer nicht entgegen gearbeitet werden wird.

Die Einführung der Streitklausel in die Bauverträge ist ja tatsächlich nur ein berechtigtes Abwehrmittel gegen den Bruch von eingegangenen Verträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und gegen freibleibenden Streit, welche mit Vorliebe begonnen werden, wo man weiß, daß die Arbeitgeber durch Konventionalstrafen zur Einhaltung von Fristen gezwungen sind. Wissen die Arbeitnehmer, daß eine freibleibende Einhaltung die Arbeitgeber von den Fristen entbindet, so werden sie sich die Einstellung der Arbeit mehr überlegen.“

Daher sind wir der Ansicht, die Einführung der Streitklausel wird ein Schritt zum erhofften Frieden zwischen den streitenden Parteien sein; sie bedeutet keineswegs eine Terrorisierung der Arbeiter, wie in Arbeitsergänzungen so oft zu lesen ist. Die Entscheidung darüber, ob die Arbeiter von den Arbeitgebern im gegebenen Fall vergewaltigt werden sind, mag gern den Behörden obliegen.“

Wir wünschten, die „Baugewerks-Zeitung“ hätte Recht mit ihrer Behauptung, daß die Sozialdemokraten häufig bereits „einen maßgebenden Einfluß“ auf die Verwaltungen bzw. Vertretungen der großen Städte gewonnen haben. Aber leider ist das nicht der Fall; sonst würden diese Verwaltungen und Vertretungen in ganz anderer Weise Stellung nehmen gegen die spekulativen Frivolität des Unternehmertums. Rückblicken auf die Sozialdemokratie und die Arbeiter sind es wahrscheinlich nicht, welche die Verbündeten in Berlin und Hamburg etc. bestimmt haben, die Aufnahme der Streitklausel zu verweigern. Das haben wir vor einiger

Zeit schon näher ausgeführt. Die „Baugewerks-Zeitung“ mutet die Behörden für herzlich naiv halten, wenn sie glaubt, mit ihrem Gefolge von „sozialdemokratischem Einfluß“ auf sie Eindruck zu machen.

Die alberne „Ansicht“, die Einführung der Streitklausel werde einen Schritt zum „erhofften Frieden“ zwischen Arbeitern und Unternehmern sein, haben wir ebenfalls schon öfter trügerisch erörtert. Wir sind überzeugt, daß die „Baugewerks-Zeitung“ selbst an einer solch Wirkung der Streitklausel nicht glaubt. Sie weiß ganz genau, daß diese Klausel den Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern außerordentlich verschärft und verschärft muß. Aber sie hofft, das geht aus ihrem Schlussfolgerung hervor, auf die unbedingte Unterstützung der Behörde, die entscheiden sollte, ob die Arbeiter von den Arbeitgebern vergewaltigt werden sind. Als Selbstverständlichkeit wird dabei vorausgesetzt, daß diese Entscheidung immer nur zu Gunsten der Unternehmer ausfallen wird, zumal es bis jetzt noch nicht dagewesen ist, daß eine Behörde sich der Arbeiter gegen das Unternehmertum angenommen hätte. Offenbar hat das Unternehmertum erklärt, daß die Streitklausel ihre als Waffe gegen die Arbeiterorganisation dienen solle — und jetzt wagt die „Baugewerks-Zeitung“ zu behaupten, es sei damit keineswegs eine Terrorisierung der Arbeiter“ beabsichtigt!!! Eine sehr plumpre Demagogie!

Rundschau.

* Einen Innungstag hielt der „Norddeutsche Baugewerksverein“ kürzlich in Hamburg ab. Die Herren Innungsmeister beschäftigten sich mit der Streitklausel, dem Sitz des Bürgerlichen Gelehrten, den Arbeitsnachweisen und Entlassungsscheinen, der Arbeitszeit und mit der Bauarbeiterkontrolle angestrebten Maßnahmen. Wir haben uns mit diesen Angelegenheiten so oft beschäftigt, daß wir nicht nötig haben, bei dieser Gelegenheit das Gesagte einzufügen. Wir wollen nur kurz die Beschlüsse erläutern, die auf dem Innungstage gefasst wurden: 1. Seine Innung wird empfohlen, Arbeit zu erwirken, welche nachweislich ihr Gewerbe ordnungsmäßig erlernt haben, und 2. nur mit einem von ihrem leichten Meister ausgerüsteten Entlassungsschein verfasste Gesellen einzustellen; 3. bezüglich wird nur diejenige Arbeitszeit, in der tatsächlich gearbeitet worden ist, wobei gleichzeitig aus welchem Grunde die Arbeit nicht verrichtet worden ist oder nicht hat verrichtet werden können; 5. der Norddeutsche Innungsbauverbund erkennt die 10-stündige Arbeitstage im Sommer als die gegebene an, namentlich in Anbetracht der kürzeren Arbeitstage im Winter.“

Die Herren Delegierten scheinen garnicht gewußt zu haben, daß durch Vereinbarungen zwischen Gesellen und Innungen in Hamburg-Altona, Bremen, Hamburg und Wilhelmshaven, Bielefeld und Kiel die 9-stündige Arbeitszeit eingeführt ist, in einigen dieser Orte schon seit Jahren besteht; in Bremen wird gleichfalls im kommenden Jahre die 9-stündige und ein Jahr später die 8-stündige Arbeitszeit laut Bericht eingeführt werden. Die Delegierten haben sich wohl gegenseitig Sand in die Augen streuen wollen. Ganz besonders hat auch die von den Verbündeten verlangte Baukontrolle die Innungsmeister in Hamburg gebrochen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Der Delegationsrat steht voll und ganz auf dem von dem Verband deutscher Baugewerksmeister in seiner Petition, betreffend Baukontrolle, an den Bundesrat wie an die Ministerien der Einzelstaaten niedergelegten Standpunkt. Derelje hält die Einführung einer Baukontrolle durch den

Arbeitern Gewählte nur für eine Stärkung der sozialdemokratischen Bestrebungen, die auch mit der Stellung eines Baugewerksmeisters durchaus unvereinbar ist.“

Der Innungsobermeister Lummer-Hamburg will den Berufsgenossenschaften resp. deren Berufskonsämmern volles Vertrauen entgegen bringen, in Rückicht auf die Unternehmerinteressen kann der Herr dies auch mit gutem Gewissen thun. Die Arbeiterkontrolle würde von den durch die Berufsgenossenschaften aufgebrachten (von den Arbeitern verbreiteten, wäre richtig) Geldern bezahlt werden müssen, ohne daß sie in allen Fällen die Interessen der Mitglieder derselben (also der Unternehmer) vertreten würden. — Da könnte der Herr Lummer sicher Recht haben. In allen Fällen werden die Arbeiterkontrolle die Interessen der Unternehmer nicht vertreten.

* Nachklänge vom Spandauer Mauerstreit. Verräumlich wurde in der Nacht vom 20. zum 21. Juni in Spandau eine Baubude erbrochen und die darin befindlichen Arbeitsteile der auf dem Bau beschäftigten 17 „Arbeitswilligen“ wurden in eine Mortgrube geworfen. Auf die Entdeckung des Thäters wurde eine Belohnung von 1000 gekest. Diese That ansprechen zu haben waren die Maurer Hermann Lamprecht, Emil Linke, Albert Schulze und August Steinbörck, sämmtlich aus Spandau, beschuldigt; außerdem wurde ihnen noch zur Last gelegt, sich gegen den § 152 der Gewerbeordnung vergangen und sich des Haussiedensbruchs schuldig gemacht zu haben. Wegen dieser Straftaten hatten sie sich am Dienstag, 28. August, vor der zweiten Ferientasse am Landgericht Berlin II zu verantworten. Der Kriminalamtmann Wangelm glaubt, in den Angeklagten die vermeindlichen Thäter ermittelt zu haben. Mit Ausnahme des Schulze befinden sich die Angeklagten seit dem 22. bzw. 25. Juni in Untersuchungshaft. Die sämmtlichen Angeklagten, die am Abend des 20. Juni aus einer Versammlung der Streitenden heimkehrten, sollen sich am dem Aufbrechen des betreffenden Baububes und an der Verfälschung der Arbeitskleider der „Arbeitswilligen“ beschuldigt haben. Außerdem sollen dieselben mit Ausnahme des Linke, die „Arbeitswilligen“ auf dem genannten Rohbau wiederholte „Alfordstriche“ „Plunder“ „Streitbrecher“ genannt und sie damit bedroht haben, man werde sie mit dem Spanntelkette vom Bau herunterholen. Die Angeklagten befreiten durchweg die Männer zur Last gelegten Straftaten. Wegen des Haussiedensbruchs und der Sachbeschädigung sprach der Gerichtshof keine Einstimmung mit dem Staatsanwalt nur den Steinbörck schuldig und verurteilte diesen, weit über den Antrag des Staatsanwalts — einen Monat Gefängnis — hinausgehend, auf sechs Monate Gefängnis. Linke wurde ganz freigesprochen. Lamprecht und Schulze wurden wegen Verrats, Erklärung und öffentlicher Verleumdung zu drei bzw. zwei und sechs Wochen die Untersuchung angedroht.

* Auf die Gewerbegerichts-Versitter Deutschlands. Einem Antrage der in Leipzig am 21. und 22. Januar 1900 abgehaltenen Konferenz der Gewerbegerichts-Versitter (Arbeitergenossen) wurde beschlossen, eine flächendeckende Kommission einzulegen, derart, daß aus den Städten Leipzig zwei, Dresden, Halle und Erfurt je ein Mitglied zu ernennen wären. Die nächste Ausgabe der Kommission soll darin bestehen, mit den Versittern bezw. deren Büromännern derjenigen Orte Deutschlands an welchen sich ein nach dem Reichsgesetz vom 26. Juli 1896 geschaffenes Gewerbegericht befindet, einen gegenjüngsten, in den Hauptstadt berücksichtigen Vertrag beizulegen. Gemeinamer Maßnahmen zu unternehmen und zu vermitteilen. Die Weiteren sind die nötigen Unterlagen für eine später stattfindende Konferenz zu sammeln, sowie wichtige und prinzipielle Urtheile zusammenzustellen; auch wäre eine Statistik darüber aufzustellen, inwiefern die Arbeiter aus eigener Initiative Anregungen geben zur Abgabe von Gutachten über gewerbliche Fragen, sowie darüber, ob und inwiefern solche von den Staatsbehörden oder Kommunalverbänden verlangt werden. Der nächsten Konferenz für die Ortsgesetze zum Gewerbegericht wäre ferner ein Normalstatut vorzulegen, auch ist eine umfangreiche Agitation zu entfalten zur Errichtung von Gewerbegerichten an Orten, wo solche noch nicht bestehen. In erforderlichem Falle wollen sich die

in ein feuergefährlicher, so hat mindestens eine genügende Umlaufung derselben stattfinden. Diese Bauart ist wiederum ebenfalls nichts Neues, denn es sind schon großartige Anlagen nach derselben ausgeführt.

Wenn man das Fazit aus obigen kurzen Hinweisen zieht, so ergibt dasselbe nicht nur die Möglichkeit, sondern die nachzuweisende Erfahrung, daß in allen Bauten, besonders aber gerade bei Industriebauwerken, noch große Einsparungen erzielt zu werden vermögen, wenn man sich nur etwas eigene Initiative angelegt sein läßt, um das nachzuweisen, was andere uns gezeigt haben; dazu bedarf es keiner Kunst oder Wissenschaft.“

Über die „streitfähigen Mauern“ können wir bei dieser Gelegenheit hinwegsehen. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß auch jeder gewöhnliche Tagelöhner sein Los zu verbessern sucht, und dies wird er ebenso mittels des Streits zu erreichen suchen — wenn sonst die Voraussetzungen gegeben sind — als die „streitfähigen Mauern“. Ein „Streitbüdner“ wird also der Beton nicht werden.

* * *

Mit dem Betonbau beschäftigte sich auch kürzlich die „Münchner Zeitung“. Wir lassen den diesbezüglichen Artikel hier gleichfalls folgen:

Der Betonbau diesseits des Rheins kann in den letzten 10 bis 15 Jahren unfreiwillig manchen Fortschritt aufweisen, aber er ist dennoch lange nicht von jedem Baufachmann in seinem vollen Umfange erkannt und angewendet; es herrschen alte Vorurtheile, die zu befürchten es noch andere Antriebe benötigt als bloße Aufmunterungen; das sind Beispiele zur Nachahmung.

Der württembergische (Bau-) Präfektur Leibnitz hat u. d. folgenden Beispiele gegeben; seine Beton-Bauwerke stehen als Originale (wie sie sonst in Deutschland nicht existieren) da, und wer die Gelegenheit hatte, diese Ausführungen zu sehen, wird sich höchste Anerkennung nicht enthalten können. In Württemberg hat man staatsfeindlich dem Betonbau überhaupt mehr als anderswo (besserts des Rheins). Interesse entgegen gebracht, wie z. B. an den Bahnlinien in Oberwürttemberg gezeigt wurde usw. Ganz liegt das Hauptinteresse irgendwo noch im Liedberg, während im Hochbau die Ausführungen nur vereinzelt geblieben sind, mit welchem Rechte, das soll eingearbeitet leichter werden. Betonausbauungen über Terrain sollen näm-

sich so lohnend in der Anlage und zu umständlich und zeitraubend in der Ausführung sein! Das und man mancher Nebelstand kann allerdings nicht bestritten werden, aber so lange, als man nach dem althergebrachten System arbeitet! Wir kennen in Deutschland kein einziges Gewerbe, das in diesem bestreiten Jahrhundert nicht wesentliche Verbesserungen erfreut hätte; nur im Rohbau (bei den Maurer- und Zimmerarbeit) arbeiten wir noch nach alter Schablonen, und deshalb kann man das Rohbau-Handwerk das konventionelle aller anderen nennen. Wenn Steinmann, der ja auch zum Rohbau-Handwerker gehört, ist es schon anders geworden; Vieles wird bereits mit der Maschine gearbeitet, nicht zu denken der so bedeutend in Ausführung gekommenen Kunstein-Industrie. In letzterer Beziehung hat man größere Fortschritte gemacht als im Betonbau, trotzdem eigentlich die Erzeugung von Kunstein, soviel sie auf dem Bemerk als Bindemittel beruht, doch auch nur ein Betonstein darstellt. Man ist also in der seitheren Art des Betonsteins weiter gekommen, als in der leichter aufzuhaltenden gebrochen. Das liegt schon lange der Fall ist, seit nur neuerdings bemerkt, und daß diese Industrie nicht vom Ausland kommt, dürfte bestätigt sein.

Diese Betonarbeit ist glücklicher Weise schon auf derjenigen Stufe, daß sie fast seitlich ihr Produkt anerkannt und anwendet wird (Betonbau Ulm, Bahnhof Winterthur usw.), aber, wohl bemerkt, nicht etwa ein initialnes Selbstvorwissen — denn der Staat arbeitet in solchen Fällen nur nach bewährten Musterstücken! Es muß es wo anders erwartet werden; ehe er an die Sache herantritt, will er auch die absolute Sicherheit haben, daß Alles gut sei und sich bewähre — dann wird folg. der Sindelfinger sein — wenn's nicht gelingt! So ist's mit dem Groß-Betonkreis; der Staat ahnt nur nach, erst dann, wenn er gesehen hat, daß es gut ist, hält er nach. Die Grundprinzipien muss vom Fachlichen Bauaufsichtler, der auf eigenen Füßen steht und das nötige Rücksicht berücksichtigt, ausgehen. Deshalb muss jeder Fachmann unserer Zeit dasjenige, was er verbessern will, selbst unternehmen, und dazu muß er auf dem Laufenden bleiben. Im Groß-Betonbau sind, wie gesagt, die Fortschritte gemacht worden, aber nicht umfassend; das Tempo läuft überaus zu windig übrig, die hierunter erzieltes noch über Erfahrung verfügt wird; geht man aber nach Frankreich und der Schweiz, so kann man sich überzeugen, wie Vieles von uns noch nachzu-

holen ist. Man hat dort eben das Betonieren früher gelöst, als bei uns, wo es erst zur Geltung kam, als der künftige Bement erfunden war, und das ist so lange noch nicht her (in dem zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts). Obgleich wir auch in diesen Jahren die 9-stündige Arbeitszeit eingeführt ist, in Bremen wird gleichfalls im kommenden Jahre die 9-stündige und ein Jahr später die 8-stündige Arbeitszeit laut Bericht eingeführt werden. Die Delegierten haben sich wohl gegenseitig Sand in die Augen streuen wollen. Ganz besonders hat auch die von den Verbündeten verlangte Baukontrolle die Innungsmeister in Hamburg gebrochen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Der Delegationsrat steht voll und ganz auf dem von dem Verband deutscher Baugewerksmeister in seiner Petition, betreffend Baukontrolle, an den Bundesrat wie an die Ministerien der Einzelstaaten niedergelegten Standpunkt. Derelje hält die Einführung einer Baukontrolle durch den

Betonen zu leisten; wir können uns den auswärts sich häufenden Fortschritten auf diesem Gebiete unmöglich verschließen; das kommende Jahrhundert bringt entschieden eine Umwälzung mit, daher „als Mann auf Deck“! Es ist heute keine Spezialität mehr, Betonen zu können, man braucht bei den Einladungen kein Holz mehr zu berücksichtigen, man hat das Abbinden abwenden nicht nötig, jede nur wünschbare Zugfestigkeit kann erreicht werden, die unausleidliche gewesenen Bewegungsrisse u. s. sind ausgeschlossen, eine Feuchtigkeit, der Betonstein bleibt es nicht mehr u. s. Watum soll der Bauunternehmer bei all diesen Verbesserungen es nicht wagen dürfen, der Sache näher zu treten! Es kann ja anfangs nur Objekte, einzelne Mauern u. s. Theile nicht bestanden und wir müssen bei unserer Intelligenz entschieden davon Gebrauch machen, um dieses Augenmaß würdig zu sein.“

Wir haben also alle Ursache, unser Augenmerk auf das Betonieren zu lenken; wir können uns den auswärts sich häufenden Fortschritten auf diesem Gebiete unmöglich verschließen;

das kommende Jahrhundert bringt entschieden eine Umwälzung mit, daher „als Mann auf Deck“! Es ist heute keine Spezialität mehr, Betonen zu können, man braucht bei den Einladungen

ein Holz mehr zu berücksichtigen, man hat das Abbinden abwenden nicht nötig, jede nur wünschbare Zugfestigkeit kann erreicht werden, die unausleidliche gewesenen Bewegungsrisse u. s. sind ausgeschlossen, eine Feuchtigkeit, der Betonstein bleibt es nicht mehr u. s. Watum soll der Bauunternehmer bei all diesen Verbesserungen es nicht wagen dürfen, der Sache näher zu treten! Es kann ja anfangs nur Objekte, einzelne Mauern u. s.

ausführen, um sich zu überzeugen; dabei ist gewiß kein nennenswertes Risiko.

Das Betonieren wird im Hochbau wohl mit dem ähnlichen Materialwerk konkurrieren können, das Rohmaterial ist meistens vorhanden und wo nicht, da hat man Steinbruchschutt, der sich sehr gut verarbeiten lässt. Über auch pure Sandbalcons thun

gute Dienste, was man in Thüringen manchmal thun kann. Ein südländliches Frankreich, wo ungünstige Boden- und Detonationsgebäude aus genanntem Pfe aufgeführt und beliebt sind, da hat man Gelegenheit, sich zu überzeugen, mit welch bescheidenen Mitteln solche Betonbauten (an denen meist keine Tonnen Bement, Betonierung sind) zu Stande kommen und gleichwohl ihren Zweck erfüllen.

Gewerkschaftskarteile zu diesem Zwecke mit der Kommission in Verbindung stehen: Ablehnende Bescheide, sowie alles damit in Zusammenhang stehende Material ist der Kommission eines zuenden zur eventuellen Herausgabe einer Denkschrift, über welche die nächste Konferenz zu beschließen hat. Um auf Grundlage der Beschlüsse der letzten Konferenz die Kommission in ihren Arbeitern zu unterstützen, ist es erforderlich, daß in allen Städten, wo Gewerbegerichte bestehen, die Bevölkerung zusammenentreten behufs Wahl eines Vertreters (Omnium), welcher mit der Kommission in häufiger Sitzung steht. Einer Anregung der letzten Konferenz entsprechend, wird den Bevölkerung empfohlen, in den einzelnen Orten anzubauen, daß an der nächsten Konferenz auch die Unternehmerbeiräte teilnehmen können. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, daß an den Vorsitzenden des Gewerbegerichts der Antrag gestellt wird, unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts regelmäßig Plenarsitzungen abzuhalten. Ueber besondere Wohnungsneuerungen der Rechtsprechung, sowie etwaige abweichende und widersprechende Amtsführungen des Gewerbegerichts ist der Kommission zu berichten. Die Bevölkerung werden aufgefordert, an die jeweiligen Behörden den Antrag zu stellen, für eine Verteilung von Arbeiter- und Unternehmerbeiräten auf Kosten der Gemeinde für die Abschaffung der Verbandsversammlung des "Verbandes Deutscher Gewerbegerichts" (Organisation der Gewerbegerichte), welche alljährlich stattfindet, Sorge zu tragen. Die nächste Verbandsversammlung findet in Mainz, Mittwoch, den 19. September 1900, statt. Den Gewerbegerichtsbeiräten wird empfohlen, das Organ "Das Gewerbegericht", soweit es an die Bevölkerung der Gemeinde noch nicht gratis verabreicht wird, durch die Ge richtsbeiräte für jährlich M. 1 zu abonnieren. Die Domänen werden erachtet, ihre Abrechnung einzurichten, sowie je ein Exemplar des Ortsblattes an die Kommission zu senden.

Die Gewerbegerichtsbeiräte, sowie die gesammelten Gewerkschaften Deutschlands werden aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen und etwaige Anträge oder sonstige Wünsche an die Kommission zu richten.

Die Kommission hat ihre erste konstituierende Sitzung am 12. August in Leipzig abgehalten und besteht aus den unterzeichneten Mitgliedern: Franz Matthes, Leipzig, Hanstdörfer Steinweg 12; Vorsitzender: Michael Holt, Dresden, Alte See 83; 1. Ct. Schriftführer: Felix Weißer, Steinbrücke, Leipzig-Lützen, Karlstr. 22, 2. Ct.; Franz Hahnenkamm, Schneider, Leipziger Str. 14; 3. Ct., Seiler, Maurer, Halle-Giebichenstein, Subenstr. 6.

Sammliche Mitteilungen sind zu richten an den Vorsitzenden, Matthes.

* Aus dem Sachverständigen der Kommission. Die Gewerbegerichtswahl in Kiel, die im April dieses Jahres stattfand und damals wegen der schwachvollen Kämpferkeit der "christlichen Gegner" so großes Aufsehen erregte, halte vor dem Kölner Schöffengericht ein Nachspiel. In den von der christlichen Partei herausgegebenen Flugblättern waren die Kandidaten der Gewerkschaften als sozialdemokratisch bezeichnet. Werner war gefragt: die Christen müssten wahrhaftig sein, wenn sie einen Mann wählen, der an keinen Gott glaube; wenn sie einen Sozialdemokrat den Schoult selbst als Bevölkerung, so sei das nichts, woran man sich verlassen kann. Man sei vor der Wahl gefestigt, ob man die Einheit eines Mannes (M.) in der Gewerbegerichtswahl wolle oder einen christlichen Kandidaten, der auf seine Menschenwürde hält. Die Sozialdemokratie zählt jährlich zehn Millionen (M.) an die Führer, Abgeordneten und Redner; der Wahlkampf werde von den Jüden geführt. "Illustrirtre, Revolutionäre, künftig ständende Wördbücher" seien die Sozialdemokraten. "Wollt ihr die Kandidaten, blut für blut für starker Revolution wählen?", so hielt es weiter und dann waren die Kandidaten wegen der Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur lex. Seine als Liebhaber kindlicher Schwereinheiten" bezeichnet. In einem anderen christlichen Flugblatt wurde der Verfasser eines gewerkschaftlichen Flugblatts als "erbärmlicher Weise", als niederrädrig, elend, schurkisch, geisteskrank, zum Thier heruntergesunken, armeseliger Wurm bezeichnet und gefragt, was er mit seinem "Lügenhaften Dras" beweise und was bergleiche Dörfchen mehr sind, wie sie nur der froniene Fuder eines erzultramontanen Fanatikers entstehen können.

In einem dieser Flugblätter war auch ein zur sozialdemokratischen Partei gehöriger Maurermeister in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber in der wahrheitswidrigen Weise beleidigt. Da das Flugblatt nur unterzeichnet war: "Christliche Gewerkschaft Kiel", ein solches Ding aber nicht ermittelt war, so war unter Parteidienst genötigt, den Drucker zu verklagen, als welcher der Bevölkerung in Köln erscheinende Rheinische Merkur", Herr Heinrich Theising, zeichnet. Dieser wurde dann auch als der Drucker des Flugblattes zu einer Geldstrafe von M. 100 verurtheilt. Die Gerichtsverhandlung gestaltete einen überaus lehrreichen Einblick in das Wesen der christlichen Arbeiterbewegung und in das Treiben jener Sorte katholischer Geistlicher, die man als Geistlöhne bezeichnet. Ein als Zeuge auftretender Arbeiter erklärte, die Verantwortung für das Flugblatt übernahmen zu wollen; der Mann müsse auf Verfahren aber gestehen, daß er weder der Verfasser noch der Bevölkerung sei, noch überhaupt in einer Beziehung zu dem Flugblatt stehe. Als Zeugen, der dem Drucker das Manuskript geliefert hat, wurde dann der Kölner Pfarrer K. A. Lan Billissen enttarnt. Dieser mutige Gottesstreiter wollte also einen ganz unbeliebten, betöhten Arbeiter für die von ihm selber verübten Taten dem Gericht aussieben. Werner wurde in der Verhandlung festgestellt, daß von den katholischen Arbeitern gewöhnlich Wahlkomitee von dem eigentlichen Organg bei der Gewerbegerichtswahl-Agitation keine Ahnung hatte, daß vielmehr der Kaplan Billissen der Vater der ganzen christlichen Agitation ist. Dieser Herr ist ein Führer der unüberholbaren Nützung in den christlichen Gewerkschaften, derenigen Richtung, die in Köln und Norden vorherrscht und von einem Zusammensein mit den freien Gewerkschaften nichts wissen will. Der Vater dieser Nützung ist in Köln der Pfarrer Dilekken, der kürzlich vor dem Kölner Gericht infolge einer schweren moralischen Niederlage erlitten, als ihn das Schöffengericht mit einer Klage gegen katholische Angehörige seiner Pfarrgemeinde abwies; indem es in der Urteilsverkündung erklärte, er habe durch die Denunziation in frivoler Weise ruhige Bürger vor das Gericht gezeigt.

* Der Verband der Fabrik-, Land- und Hüfstanbeiter und Arbeiterschaften hielten seinen fünften Verbandsitag vom 6. bis 10. August in Salzgitter ab. Am den Verhandlungen nahmen 64 Delegierte, darunter drei weibliche, Theil. Der Verband, der nunmehr auf ein zehnjähriges Be-

stehen zurückblickt, hat sich in eifreudlicher Weise entwickelt. Die Mitgliederzahl zur Zeit der Abhaltung des Verbandsstages betrug 29512 in 250 Orten; weibliche Mitglieder hat der Verband 2394.

Streits fanden 32 statt, an denen 1046 Personen beteiligt waren. Dieselben dauerten insgesamt 104 Wochen und verursachten eine Ausgabe von M. 45 259,66. 17 waren Angeklagte und 15 Abwehrstreits; von denselben endeten 17 mit vollständigem und 7 mit teilweise Erfolge, 8 dagegen waren erfollos.

Das Fachorgan, "Der Proletarier", hatte am Schlus des I. Quarters 1898 eine Auflage von 20850 Exemplaren, heutzutage beträgt dieselbe 37 650 Exemplare.

Nach dem Kassenbericht hatte der Verband in der herlosen Geschäftssperiode eine Einnahme von M. 880 946,98, eine Ausgabe von M. 255 720,85 gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt M. 95 238,04. Unter den Ausgaben sind folgende Posten erwähnenswert: An Lokalauflagen M. 84 17,10, von den Buchstaben zurückbehalten 191,80, an gemehrte Unterstützungen 5976,98, Steuerbegleit 1300, sonstige Unterstützungen 285,40, Streitunterstützung an Kollegen 41 401,68, Gerichtskosten und Polizeikosten 605,50, Bureauaufwände 300, Druck und Expedition des "Proletarier" 17 116,26, Gefälzer 504,68, Rechtsausschuß 484,33, Kontre greife und Generalverhandlungen 4684,46, für Streiks anderer Berufe 2951,86, an die Generalversammlung 8996,24, Agitation 2129,62, die Gau erhielten zur Agitation 10 476,46.

Außer vorgenanntem Kassenbestand ist ein Streitfonds von M. 13 441,35 vorhanden. In der GuVasse befindet sich M. 1413,65.

Von den allgemeinen Beiträgen ist erwähnenswert der Beitrag bezüglich der Entwicklung der Arbeiterschaft unterstüzung M. 11 18,26. Der Verbandsstag erklärte sich in Prinzip hiermit einverstanden und beauftragte den Vorstand, im Jahre 1901 abermals statistische Erhebungen über Arbeitslosigkeit und Krankheit zu veranstalten und das Resultat dieser Erhebung dem Verbandsstag im Jahre 1902 als Material zu unterbreiten.

Die Gewerbegerichtsbeiräte, sowie die gesammelten Gewerkschaften Deutschlands werden aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen und etwaige Anträge oder sonstige Wünsche an die Kommission zu richten.

Die Kommission hat ihre erste konstituierende Sitzung am 12. August in Leipzig abgehalten und besteht aus den unterzeichneten Mitgliedern: Franz Matthes, Leipzig, Hanstdörfer Steinweg 12; Vorsitzender: Michael Holt, Dresden, Alte See 83; 1. Ct. Schriftführer: Felix Weißer, Steinbrücke, Leipzig-Lützen, Karlstr. 22, 2. Ct.; Franz Hahnenkamm, Schneider, Leipziger Str. 14; 3. Ct., Seiler, Maurer, Halle-Giebichenstein, Subenstr. 6.

Sammliche Mitteilungen sind zu richten an den Vorsitzenden, Matthes.

* Aus dem Sachverständigen der Kommission. Die Gewerbegerichtswahl in Kiel, die im April dieses Jahres stattfand und damals wegen der schwachvollen Kämpferkeit der "christlichen Gegner" so großes Aufsehen erregte, halte vor dem Kölner Schöffengericht ein Nachspiel. In den von der christlichen Partei herausgegebenen Flugblättern waren die Kandidaten der Gewerkschaften als sozialdemokratisch bezeichnet. Werner war gefragt: die Christen müssten wahrhaftig sein, wenn sie einen Mann wählen, der an keinen Gott glaube; wenn sie einen Sozialdemokrat den Schoult selbst als Bevölkerung, so sei das nichts, woran man sich verlassen kann. Man sei vor der Wahl gefestigt, ob man die Einheit eines Mannes (M.) in der Gewerbegerichtswahl wolle oder einen christlichen Kandidaten, der auf seine Menschenwürde hält. Die Sozialdemokratie zählt jährlich zehn Millionen (M.) an die Führer, Abgeordneten und Redner; der Wahlkampf werde von den Jüden geführt. "Illustrirtre, Revolutionäre, künftig ständende Wördbücher" seien die Sozialdemokraten. "Wollt ihr die Kandidaten, blut für blut für starker Revolution wählen?", so hielt es weiter und dann waren die Kandidaten wegen der Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur lex. Seine als Liebhaber kindlicher Schwereinheiten" bezeichnet.

In einem anderen christlichen Flugblatt wurde der Verfasser eines gewerkschaftlichen Flugblatts als "erbärmlicher Weise", als niederrädrig, elend, schurkisch, geisteskrank, zum Thier heruntergesunken, armeseliger Wurm bezeichnet und gefragt, was er mit seinem "Lügenhaften Dras" beweise und was bergleiche Dörfchen mehr sind, wie sie nur der froniene Fuder eines erzultramontanen Fanatikers entstehen können.

In einem dieser Flugblätter war auch ein zur sozialdemokratischen Partei gehöriger Maurermeister in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber in der wahrheitswidrigen Weise beleidigt. Da das Flugblatt nur unterzeichnet war: "Christliche Gewerkschaft Kiel", ein solches Ding aber nicht ermittelt war, so war unter Parteidienst genötigt, den Drucker zu verklagen, als welcher der Bevölkerung in Köln erscheinende Rheinische Merkur", Herr Heinrich Theising, zeichnet. Dieser wurde dann auch als der Drucker des Flugblattes zu einer Geldstrafe von M. 100 verurtheilt. Die Gerichtsverhandlung gestaltete einen überaus lehrreichen Einblick in das Wesen der christlichen Arbeiterbewegung und in das Treiben jener Sorte katholischer Geistlicher, die man als Geistlöhne bezeichnet. Ein als Zeuge auftretender Arbeiter erklärte, die Verantwortung für das Flugblatt übernahmen zu wollen; der Mann müsse auf Verfahren aber gestehen, daß er weder der Verfasser noch der Bevölkerung sei, noch überhaupt in einer Beziehung zu dem Flugblatt stehe. Als Zeugen, der dem Drucker das Manuskript geliefert hat, wurde dann der Kölner Pfarrer K. A. Lan Billissen enttarnt. Dieser mutige Gottesstreiter wollte also einen ganz unbeliebten, betöhten Arbeiter für die von ihm selber verübten Taten dem Gericht aussieben. Werner wurde in der Verhandlung festgestellt, daß von den katholischen Arbeitern gewöhnlich Wahlkomitee von dem eigentlichen Organg bei der Gewerbegerichtswahl-Agitation keine Ahnung hatte, daß vielmehr der Kaplan Billissen der Vater der ganzen christlichen Agitation ist. Dieser Herr ist ein Führer der unüberholbaren Nützung in den christlichen Gewerkschaften, derenigen Richtung, die in Köln und Norden vorherrscht und von einem Zusammensein mit den freien Gewerkschaften nichts wissen will. Der Vater dieser Nützung ist in Köln der Pfarrer Dilekken, der kürzlich vor dem Kölner Gericht infolge einer schweren moralischen Niederlage erlitten, als ihn das Schöffengericht mit einer Klage gegen katholische Angehörige seiner Pfarrgemeinde abwies; indem es in der Urteilsverkündung erklärte, er habe durch die Denunziation in frivoler Weise ruhige Bürger vor das Gericht gezeigt.

* Der Verband der Fabrik-, Land- und Hüfstanbeiter und Arbeiterschaften hielten ihren fünften Verbandsitag vom 6. bis 10. August in Salzgitter ab. Am den Verhandlungen nahmen 64 Delegierte, darunter drei weibliche, Theil. Der Verband, der nunmehr auf ein zehnjähriges Be-

Vorräthe auf dem Kohlenmarkt ihre Rundschau rechtzeitig mit Brennstoffmaterial zu versorgen, schwer bezahlen. Für den Winter haben sie bereits eine Verdopplung der Preise angekündigt.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1899.

Die 55 Gewerkschaften hatten im Jahre 1899 insgesamt eine Einnahme von M. 7 687 154 und eine Ausgabe von M. 6 450 876. An Kassenbestand verblieben ihnen M. 5 577 546, wovon allerdings auf den Verband verblieben der Buchdrucker M. 2 724 101 oder pro Kopf der Mitglieder des Verbands M. 108,40 entfallen. Aber auch andere Organisationen weisen einen beträchtlichen Kassenbestand auf. So die Maurer M. 453 563, die Metallarbeiter M. 885 148, die Holzarbeiter M. 252 310, Zimmerer M. 194 630, Porzellanarbeiter M. 188 058, Buchbinderei M. 148 293, Schuhmacher M. 114 788. In den übrigen Organisationen verfügt der Kassenbestand weniger als M. 100 000.

Im Jahre 1891 verfügte die Gesamtteilnahme der Gewerkschaften (49 Organisationen) M. 118 688. Sie ist von Jahr zu Jahr gewachsen, besonders aber in den letzten Jahren rasch. Nach dem Kassenbericht hatte der Verband in der herlosen Geschäftssperiode eine Einnahme von M. 880 946,98, eine Ausgabe von M. 255 720,85 gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt M. 95 238,04. Unter den Ausgaben sind folgende Posten erwähnenswert: An Lokalauflagen M. 84 17,10, von den Buchstaben zurückbehalten 191,80, an gemehrte Unterstützungen 5976,98, Steuerbegleit 1300, sonstige Unterstützungen 285,40, Streitunterstützung an Kollegen 41 401,68, Gerichtskosten und Polizeikosten 605,50, Bureauaufwände 300, Druck und Expedition des "Proletarier" 17 116,26, Gefälzer 504,68, Rechtsausschuß 484,33, Kontre greife und Generalverhandlungen 4684,46, für Streiks anderer Berufe 2951,86, an die Generalversammlung 8996,24, Agitation 2129,62, die Gau erhielten zur Agitation 10 476,46.

Außer vorgenanntem Kassenbestand ist ein Streitfonds von M. 13 441,35 vorhanden. In der GuVasse befindet sich M. 1413,65.

Von den allgemeinen Beiträgen ist erwähnenswert der Beitrag bezüglich der Entwicklung der Arbeiterschaft unterstüzung M. 11 18,26. Der Verbandsstag erklärte sich in Prinzip hiermit einverstanden und beauftragte den Vorstand, im Jahre 1901 abermals statistische Erhebungen über Arbeitslosigkeit und Krankheit zu veranstalten und das Resultat dieser Erhebung dem Verbandsstag im Jahre 1902 als Material zu unterbreiten.

Die Gewerbegerichtsbeiräte, sowie die gesammelten Gewerkschaften werden aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen und etwaige Anträge oder sonstige Wünsche an die Kommission zu richten.

Die Gewerbegerichtsbeiräte, sowie die gesammelten Gewerkschaften werden aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen und etwaige Anträge oder sonstige Wünsche an die Kommission zu richten.

* Der Todesfall eines jeden Mitgliedes können den Hinterlebenden bei einer Mitgliedschaft des Verstorbenen von zwei Jahren M. 25, bei vier Jahren M. 55 und bei fünf Jahren M. 60 gewährt werden.

* Bei Todesfall der Geschäftsführer wird dem überlebenden Mitgliede unter den gleichen Voraussetzungen die gleiche Unterstützung gewährt.

Die Gewährung von Umzugskosten wird nach folgenden Bestimmungen geregelt:

Wenn das Mitglied zwei Jahre dem Verband angehört, zwischen Amt und Amtsbezirk eine Entfernung von 10 km liegt und das Mitglied in den herabgesetzten 52 Orten keine Neuerunterstützung bezogen hat. Das Umzugsgeld beträgt für eine Entfernung von über 10 bis 50 km bis zu M. 16, 50 bis 100 km bis zu M. 20, 150 km bis zu M. 25, 200 km bis zu M. 30, bei größeren Entfernungen bis zu M. 35. Ist die Freizeit eines Mitgliedes ebenfalls Mitglied des Verbandes, so ist desselben die Hälfte der Umzugskosten zu bewilligen.

Bei Verhafung des Streikreglements wird beschlossen, anstatt des bisher freimüfigen Streikreglements "eine monatliche Streiksteuer von 5 % obligatorisch einzuführen".

Aufgrund werden noch folgende Beschlüsse gefaßt:

* Die Bestimmungen, die Neuerunterstützung betreffen, werden zu einem Reglement zusammengefaßt.

* Für die Zollstellenverwaltungen sollen Verhafungsvorschriften und Leitsätze in Broschüren herausgegeben werden.

* Das Protokoll soll in Broschürenform zum Preise von 10 % an die Mitglieder abgegeben werden.

* Den Gauvorständen werden zur Bereitung der Agitation 5 % pro Quartal und Mitglied überwiesen.

* Der Sitz des Verbandes bleibt in Hannover; sollten unberücksichtigte Verhafungen eine Verschiebung des Sitzes notwendig machen, so haben Vorstand und Ausschuss das Recht, denselben nach Bremerhaven zu verlegen.

Sodann wurde beschlossen, "einen dritten Beamten anzustellen."

Der erste Vorsitzende erklärte M. 2000, die anderen beiden Beamten erhalten je M. 1800 Gehalt.

Am Dienstag werden gewählt: für Delegation zum Verbandsstage M. 11, für Agitation M. 9.

Der Sitz des Ausschusses bleibt in Offenbach a. M. Der nächste Verbandsstag findet 1902 in Offenbach a. M. statt.

Die gefassten Beschlüsse treten am 1. Oktober cr. in Kraft.

* Die Kohlennot. Die nun schon seit längere als Jahresfrist beklagte Kohlennot scheint sich in den kommenden Winter zu geradezu gemeingefährlichen Dimensionen auswachsen zu wollen. Der Kohlemangel besteht heute nicht mehr bloss für Industriezwecke, sondern auch für Haushalte und kostet zieht so die Arbeiterschaft in steigendem Maße in Mitleidenschaft. Obiges hat die andauernde Preissteigerung der Lebensmittel und Verbrauchsartikel der breiten Massen, dem Arbeiter, fast den ganzen Vorherrn aus dem besseren Geschäftsgang der letzten Jahre genommen. Sieht man diese Preissteigerung mit in Betracht, so vermag das ganze Geplante einer vollständigen Unternehmensperiode nicht nachzuweisen, daß die paare Wenige Lohnsteigerung Verbesserung der Lebenshaltung des Arbeiters bedeutet. Was das Unternehmertum der Arbeiterschaft in den letzten Jahren mit Lohsen zugemessen hat, das haben die Gewerkschaften wieder genommen. Nun aber beginnt die Lohnsteigerung eine direkte Verstärkung der Lage des Arbeiters und seiner Familie herbeizuführen. Die Preissteigerung der Kohle hat eine gleichzeitige Verhöhung der Brüder und des Holzes zu folgen gegeben. Der Besitzende vermag bis zu einem gewissen Grade die Verhöhung des Brennstoffes abzuwenden durch den Engroßkauf befreit; die Arbeitersfrau aber, die von ihrem geringen Brockenlohn kleine und kleine Materialmengen kauft, bekommt die Verhöhung in der sölzlichen Form zu kosten. Die Arbeitersfrau ist den Kohlen-, Brüder- und Koal-Kleinbändern an Gnade und Ungnade überantwortet, und diese lassen sich ihre Verhöhungen bei der gegenwärtigen Knappheit des

Brennstoffes sehr leicht ausnutzen.

Nach dieser Wirkung der Preissteigerung dürfte wohl auch in den Organisationen mit ungünstigen Beitragsneigung zu deren Erhöhung sich einstellen.

Die Gewerkschaften haben die Auswirkungen der Preissteigerung auf den Kassenbestand ihrer Rundschau rechtzeitig mit Brennstoffmaterial zu versorgen, schwer bezahlen. Für den Winter haben sie bereits eine Verdopplung der Preise angekündigt.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1899.

Die Gewerkschaften hatten im Jahre 1899 insgesamt eine Einnahme von M. 7 687 154 und eine Ausgabe von M. 6 450 876. An Kassenbestand verblieben ihnen M. 5 577 546, wovon allerdings auf den Verband verblieben der Buchdrucker M. 2 724 101 oder pro Kopf der Mitglieder des Verbands M. 108,40 entfallen. Aber auch andere Organisationen weisen einen beträchtlichen Kassenbestand auf. So die Maurer M. 453 563, die Metallarbeiter M. 885 148, die Holzarbeiter M. 252 310, Zimmerer M. 194 630, Porzellanarbeiter M. 188 058, Buchbinderei M. 148 293, Schuhmacher M. 114 788. In den übrigen Organisationen verfügt der Kassenbestand weniger als M. 100 000.

Im Jahre 1891 verfügte die Gesamtteilnahme der Gewerkschaften (49 Organisationen) M. 118 688. Sie ist von Jahr zu Jahr gewachsen, besonders aber in den letzten Jahren rasch. Nach dem Kassenbericht hatte der Verband in der herlosen Geschäftssperiode eine Einnahme von M. 880 946,98, eine Ausgabe von M. 255 720,85 gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt M. 95 238,04. Unter den Ausgaben sind folgende Posten erwähnenswert: An Lokalauflagen M. 84 17,10, von den Buchstaben zurückbehalten 191,80, an gemehrte Unterstützungen 5976,98, Steuerbegleit 1300, sonstige Unterstützungen 285,40, Streitunterstützung an Kollegen 41 401,68, Gerichtskosten und Polizeikosten 605,50, Bureauaufwände 300, Druck und Expedition des "Proletarier" 17 116,26, Gefälzer 504,68, Rechtsausschuß 484,33, Kontre greife und Generalverhandlungen 4684,46, für Streiks anderer Berufe 2951,86, an die Generalversammlung 8996,24, Agitation 2129,62, die Gau erhielten zur Agitation 10 476,46.

Außer vorgenanntem Kassenbestand ist ein Streitfonds von M. 13 441,35 vorhanden. In der GuVasse befindet sich M. 1413,65.

Von den allgemeinen Beiträgen ist erwähnenswert der Beitrag bezüglich der Entwicklung der Arbeiterschaft unterstüzung M. 11 18,26. Der Verbandsstag erklärte sich in Prinzip hiermit einverstanden und beauftragte den Vorstand, im Jahre 1901 abermals statistische Erhebungen über Arbeitslosigkeit und Krankheit zu veranstalten und das Resultat dieser Erhebung dem Verbandsstag im Jahre 1902 als Material zu unterbreiten.

Die Gewerkschaften haben die Auswirkungen der Preissteigerung auf den Kassenbestand ihrer Rundschau rechtzeitig mit Brennstoffmaterial zu versorgen, schwer bezahlen. Für den Winter haben sie bereits eine Verdopplung der Preise angekündigt.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1899.

Die Gewerkschaften hatten im Jahre 1899 insgesamt eine Einnahme von M. 7 687 154 und eine Ausgabe von M. 6 450 876. An Kassenbestand verblieben ihnen M. 5 577 546, wovon allerdings auf den Verband verblieben der Buchdrucker M. 2 724 101 oder pro Kopf der Mitglieder des Verbands M. 108,40 entfallen. Aber auch andere Organisationen weisen einen beträchtlichen Kassenbestand auf. So die Maurer M. 453 563, die Metallarbeiter M. 885 148, die Holzarbeiter M. 252 310, Zimmerer M. 194 630, Porzellanarbeiter M. 188 058, Buchbinderei M. 148 293, Schuhmacher M. 114 788. In den übrigen Organisationen verfügt der Kassenbestand weniger als M. 100 000.

Im Jahre 1891 verfügte die Gesamtteilnahme der Gewerkschaften (49 Organisationen) M. 118 688. Sie ist von Jahr zu Jahr gewachsen, besonders aber in den letzten Jahren rasch. Nach dem Kassenbericht hatte der Verband in der herlosen Geschäftssperiode eine Einnahme von M. 880 946,98, eine Ausgabe von M. 255 720,85 gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt M. 95 238,04. Unter den Ausgaben sind folgende Posten erwähnenswert: An Lokalauflagen M. 84 17,10, von den Buchstaben zurückbehalten 191,80, an gemehrte Unterstützungen 5976,98, Steuerbegleit 1300, sonstige Unterstützungen 285,40, Streitunterstützung an Kollegen 41 401,68, Gerichtskosten und Polizeikosten 605,50, Bureauaufwände 300, Druck und Expedition des "Proletarier" 17 116,26, Gefälzer 504,68, Rechtsausschuß 484,33, Kontre greife und Generalverhandlungen 4684,46, für Streiks anderer Berufe 2951,86, an die Generalversammlung 8996,24, Agitation 2129,62, die Gau erhielten zur Agitation 10 476,46.

Außer vorgenanntem Kassenbestand ist ein Streitfonds von M. 13 441,35 vorhanden. In der GuVasse befindet sich M. 1413,65.

Von den allgemeinen Beiträgen ist erwähnenswert der Beitrag bezüglich der Entwicklung der Arbeiterschaft unterstüzung M. 11 18,26. Der Verbandsstag erklärte sich in Prinzip hiermit einverstanden und beauftragte den Vorstand, im Jahre 1901 abermals statistische Erhebungen über Arbeitslosigkeit und Krankheit zu veranstalten und das Resultat dieser Erhebung dem Verbandsstag im Jahre 1902 als Material zu unterbreiten.

Die Gewerkschaften haben die Auswirkungen der Preissteigerung auf den Kassenbestand ihrer Rundschau rechtzeitig mit Brennstoffmaterial zu versorgen, schwer bezahlen. Für den Winter haben sie bereits eine Verdopplung der Preise angekündigt.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1899.

Die Gewerkschaften hatten im Jahre 1899 insgesamt eine Einnahme von M. 7 687 154 und eine Ausgabe von M. 6 450 876. An Kassenbestand verblieben ihnen M. 5 577 546, wovon allerdings auf den Verband verblieben der Buchdrucker M. 2 724 101 oder pro Kopf der Mitglieder des Verbands M. 108,40 entfallen. Aber auch andere Organisationen weisen einen beträchtlichen Kassenbestand auf. So die Maurer M. 453 563, die Metallarbeiter M. 885 148, die Holzarbeiter M. 252 310, Zimmerer M. 194 630, Porzellanarbeiter M. 188 058, Buchbinderei M. 148 293, Schuhmacher M. 114 788. In den übrigen Organisationen verfügt der Kassenbestand weniger als M. 100 000.

Im Jahre 1891 verfügte die Gesamtteilnahme der Gewerkschaften (49 Organisationen) M. 118 688. Sie ist von Jahr zu Jahr gewachsen, besonders aber in den letzten Jahren rasch. Nach dem Kassenbericht hatte der Verband in der herlosen Geschäftssperiode eine Einnahme von M. 880 946,98, eine Ausgabe von M. 255 720,85 gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt M. 95 238,04. Unter den Ausgaben sind folgende Posten erwähnenswert: An Lokalauflagen M. 84 17,10, von den Buchstaben zurückbehalten 191,80, an gemehrte Unterstützungen 5976,98, Steuerbegleit 1300, sonstige Unterstützungen 285,40, Streitunterstützung an Kollegen 41 401,68, Gerichtskosten und Polizeikosten 605,50, Bureauaufwände 300, Druck und Expedition des "Proletarier" 17 116,26, Gefälzer 504,68, Rechtsausschuß 484,33, Kontre greife und Generalverhandlungen 4684,46, für Streiks anderer Berufe 2951,86, an die Generalversammlung 8996,24, Agitation 2129,62, die Gau erhielten zur Agitation 10 476,46.

Außer vorgenanntem Kassenbestand ist ein Stre

Die Steigerung der Unfallziffer bei der „Magdeburgischen“ ist geradezu islandisch, wenn man die Jahre 1886 und 1898 gegenüberstellt. 1886 hatte die Verügsgenossenschaft 47 892 Versicherte und 468 Verleste; im Jahre 1898 war die Zahl der Versicherter gegen 1886 nur 5780 gestiegen, die Zahl der Unfallverleisten dagegen um 1161 gestiegen. Während die Abnahme der Versicherter 12 p.ßl. beträgt, beträgt die Zunahme der Verleisten 250,75 p.ßl.

Seit dem Bestehen der Magdeburgischen Baugewerbs-Verügsgenossenschaft, von Beginn des Jahres 1888 bis Schluß 1898, sind 12 055 Unfallangelegenheiten dieser Verügsgenossenschaft aus Anzeige gebracht und davon mussten 219 Verleste entschädigt werden. Im selben Zeitraum sind 313 Versicherte an den Folgen dieser Verleistungen gestorben, die 229 Witwen mit 444 Kindern und anderen Unterstützungsberechtigten hinterlassen haben.

Die Leitung dieser Verügsgenossenschaft zieht vom August des Jahres 1888 bis zur Zeit auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes eine Mißachtung, wie sie vergleichsweise nicht darzustellen ist. Während sämtliche übrigen Baugewerbs-Verügsgenossenschaften den Belluminationen des Unfallversicherungsgebiets gemäß noch in Jahre 1887 Unfallversicherungsvorstände durchführten, hielt es der Vorstand dieser Verügsgenossenschaft erst im Jahre 1891 für notwendig, hierin vorzugehen. In dem Zeitraum von 1887 bis zur Zeit hat die größere Zahl der Baugewerbs-Verügsgenossenschaften ihre Unfallversicherungsvorstände einer Revision unterzogen, die „Magdeburgische“ gehörte zu der geringen Zahl von den Baugewerbs-Verügsgenossenschaften, die diese noch nicht für nötig gehalten.

Die „Magdeburgische“ hat seit ihrem Bestehen bis Jahresende 1898 A. 1766,80 für die Herstellung von Unfallversicherungsvorträgen in Rechnung gestellt, für die weit wichtigeren Aufgaben der Beaufsichtigung der Betriebe, bezüglich Durchführung der Vorschriften, wurden nur A. 163,20 ausgegeben. Der § 82 des Unfallversicherungsgesetzes gibt den Verügsgenossenschaften das Recht, Beauftragte zur Überwachung der Betriebe anzustellen. Bis Ende 1891 hatte die „Magdeburgische“ hieron keinen Gebrauch gemacht, und für die Beaufsichtigung hat sie auch noch keine Person angestellt, die sich dieser Aufgabe both voll und gänzlich widmen könnte, sondern es wurden erst fünf, dann vier und schließlich nur noch drei Mitglieder (wahrscheinlich Sektionsvorstände) „ehrenamtlich“ mit der Überwachung betraut. Im Jahre 1898 wurden für diese berügsgenossenschaftsleiter verordnete A. 17,30, das sind A. 4,10 pro Tag auf den Versicherten, ausgegeben. Diese Zahlen reden ganze Wände.

Als im Jahre 1898 die Zentralcommission für Bauarbeiter schuf die regelmäßige Kontrolle der Bauten in Umregung brachte, erklärten sich auch die Bauarbeiter mehrerer Orte der Provinz Sachsen bereit, diese Arbeiten auszuführen. Es sind in der Zeit vom August 1899 bis zum 9. Januar 1900 in 14 Orten 588 Bauten kontrolliert worden; 281 Bauten befanden sich während der Wintermonate in der Ausführung. Die Kontrollen wurden ausgeführt in Magdeburg, Siedental, Neuhaldensleben, Halle, Schöneweide, Nordhausen, Gießen, Barby, Eilenburg, Lüben, Weissenfels, Halberstadt, Burg und Erfurt. In Magdeburg, Halle, Nordhausen, Schöneweide, Burg und Erfurt fanden zweimalige Erhebungen statt. Aus allen 14 Orten wurde berichtet, daß die Bauaufsicht eine günstige sei, und daß sich von den 588 kontrollierten Bauten 304 in den Händen von Einungsmietern befanden; nichtsdestoweniger waren auf 348 Bauten die Unfallversicherungsvorträgen in A. 10 ausgeholt. Über die Mängelstabilität der Gerüste wurde aus der Mehrzahl der Orte gefragt, nur seitens der Kommissionen in Magdeburg, Neuhaldensleben, Barby und Halle wurden die eigentlichen Arbeitsgerüsteheitweit als gut oder genügend bezeichnet. An Hangerüsten, Schüttgängern fehlte es dagegen überall, ebenso wurde über den Mangel genügender Abdichtung der Balkenlagen aus allen Orten gefragt. Besondere Klage wurde aus Halle über die städtischen Laternenbauten geführt.

Die Fragen: Ist eine hemmungslose Kontrolle der Bauarbeiter der Verügsgenossenschaft zu konstatieren? und: Zeigen die Organe der Baupolizei ein Interesse für den Bauarbeiter- schutz durch wiederholte Revisionen der Bauten und Gerüste? — diese beiden Fragen kommen nur aus Barth mit Ja beantwortet werden; in allen übrigen Orten hatte kein Bauarbeiter etwas gemerkt von Kontrollen vorheraner Körperschaften.

Bezüglich der Bauten wurde ermittelt, daß an den 586 kontrollierten Bauten 527 Buden vorhanden waren. Sie waren aber auch darnach. Aus allen Orten wurde gefragt, daß die Buden keine dichten Seitenwände haben. Die Dächer sind gleichfalls unrichtig. Wind und Regen finden überall Eingang und bei dem Mangel eines geeigneten Haushalts bilden sich an regnerischen Tagen Tümpel in den Buden. Daneben ist es fast in allen Orten üblich, daß in den Buden Material gelagert wird und daß Tische und Sitzelegenten fehlen, und der Gipspunkt der Gemeinde der Unternehmer drückt sich darin aus, daß optimal die Arbeiter sich direkt neben den Buden befinden. Man kann also den Satz aufstellen: In der Regel sind Buden vorhanden, aber keine Unterkünfte für die Arbeiter.

Anweisungen zur ersten Hülfleistung bei Unglücksfällen waren in Erfurt auf 69 und in Barby auf 31 Bauten ausgetragen. In allen übrigen Orten fehlten diese Anweisungen, stattdessen mit Verbandsmaterial zur ersten Hülfleistung wurden auf 138 Bauten von den 586 kontrollierten vorgefundene; die Mehrzahl der Verbandsmaterial entfiel gleichfalls auf Erfurt und Barby; in Magdeburg war dieses notwendige Hülfsmittel nur auf 26 Bauten vorhanden und in einigen anderen Orten ganz vereinzelt. Daß kein Waldeinschlußungen zu vorhanden sind, ist nach allein wohl selbstverständlich.

Über die Arbeiter sei noch gesagt, daß 553 Mortenlagen vorgefundene wurden. Die Einrichtung derselben: Grube oder Tonne mit einer Matte darüber, umgeben von einem recht mangelhaften Breiterzaun. — Dach, Fußboden, Sichtdrille, Desinfektion sind unbekannte Dinge.

Bezüglich des Schutzes der Innennarbeiter während der Wintermonate sieht es gleichfalls recht kaurig aus. Soeben bekannt geworden, daß in der ganzen Provinz Sachsen nur die Polizeibehörde von Neuhaldensleben eine Verordnung erlassen, daß in der Zeit vom 15. November bis zum 15. März die Bauten gegen Witterungseinflüsse abgeschützt sein müssen und daß die Benutzung des Stoßkorbes eingefordert werden soll. Diese Verordnung ist den Bauarbeiter nicht weitgehend genug; sie verlangt die Abdeckung der Bauten vom 1. Oktober bis zum 1. April und das oblige Verbot des offenen Stoßkorbes. Über auch die ungenügende Verordnung

wird wenig beachtet, und ist zudem auf die meisten Orte noch garnicht ausgedehnt worden.

In den meisten Orten herrschen Mißstände auf den Bauten, die jeden Augenblick ereignet sind. Leben und Gesundheit der Arbeiter zu geschützen. Es muß darum auch unausgegängt den baugewerblichen Arbeitern der Provinz Sachsen zur Pflicht gemacht werden, unverzüglich die Schäden aufzudecken und alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit die maßgebenden Faktoren gezwungen werden, halbige und gründliche Abschüsse zu schaffen.

In diesem Sinne hat auch eine Konferenz der Bauarbeiter der Provinz Sachsen, die am 12. August in Magdeburg tagte, beschlossen. Nach einem Vortrage des Generalen Seine, Sekretär des Centralausschusses, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 12. August in Magdeburg tagende Konferenz der baugewerblichen Arbeitern der Provinz Sachsen beschließt: 1. Die Bildung einer Landeskommision für Bauarbeiterrecht, für die Provinz Sachsen. 2. Die Landeskommision hat die Aufgabe, unter Leitung der Centralkommission, den Bauarbeiter- schutz agitatorisch und praktisch zu fördern. 3. Die Landeskommision besteht aus je zwei Personen, die einzelnen Verügsorganisationen der baugewerblichen Arbeiter und hat ihren Sitz in Magdeburg. Die Wahl der beiden vorsitzenden obliegt den baugewerblichen Arbeitern in Magdeburg. 4. Die Konferenz verpflichtet, die Vertrauenspersonen und Delegierten der einzelnen Orte, dafür einzutreten, daß die Landeskommision agitatorisch und nach Maßgabe der Verhältnisse auch finanziell unterstützt wird. 5. Die Landeskommision ist verpflichtet, in der in Frage kommenden Arbeitskreise alle Werksjahre einen Bericht über ihre Thätigkeit zu veröffentlichen.

Das Baugeschäft in Bochum.

Der jüngst erschienene Jahresbericht der Handelskammer in Bochum enthält über das Baugeschäft einige Angaben, die nicht unwiderrührbar bleiben dürfen. Deswegen Verständnis wegen wollen wir zunächst den ganzen Bericht hier wiedergeben und uns unsere Bemerkungen dazu zum Ausprägen. Es heißt in dem Bericht:

„Das Baugeschäft hatte im Vergleichsjahr eine befriedigende Lage, erfuhr jedoch gegen das Vorjahr schon eine kleine Abnahme. Die private Baufähigkeit ist, wie auch aus der Zahl der erhaltenen Bauaufträge hervorgeht, etwas nach; hier und da hielt es auch schwer, aussichtsreiche Verträge einzuziehen, da die auf die neu erbauten Wohnhäuser bezogenen Hypotheken von Seiten der Bauherren nur schwer zu befreien waren. Mit Ausnahme von Biegelsteinen liegen fast sämtliche Baumaterialien in Preise, namentlich Eisen, daneben auch Blei, Zink, Holz, Eisen u. s. w. Auch die Löhne erfuhr eine Erhöhung um etwa 5 p.ßl. und trotzdem herabgestuft Mangel an Arbeitern, die oft recht anspruchsvoll auftreten. Immerhin war der Verdienst in so aufzubereiten, daß die laufende Zahl jedoch nicht die Auswirkungen der Baufähigkeit aus dem Vorjahr so schwierig bewältigte. Das Nachlassen der Baufähigkeit hat seinen Hauptgrund unzweifelhaft in dem seit dem Vorjahr so schwierig gewordenen Verhältnis des Geldmarktes. Es hielt außerordentlich schwer, Bauarbeiter zu erhalten. Die Belohnung von Neubauten machte fast noch nicht schwierige Schwierigkeiten, selbst für erste Stelle und bei guter Sicherheit waren Hypotheken nur schwer zu erlangen, das Baulandkapital bevorzugte die Anlage in industriellen Unternehmungen, und auch von Sparfests waren, bei den steigenden Anforderungen an diefeilen, Hypotheken schwer zu erhalten. Unter diesen Umständen mußte im Baugeschäft auch sehr viel mit Weinen gearbeitet werden, wodurch den Geschäftsräumen durch den hohen Disponibel ein großer Teil des Gewinnvermögens verloren ging. Ein weiterer Grund für das Nachlassen der privaten Baufähigkeit lag aber auch darin, daß der Bedarf an Wohnungen, welcher in den Vorjahren infolge des starken Zugs und infolge der Einwohnererhöhung aller Schichten der Bevölkerung sehr dringend gewesen war, alljährlich im Wesentlichen wohl bestrebt sein dürfte, und daß daher zur Zeit ein eigentlicher Mangel an Wohnungen im Allgemeinen nicht mehr besteht. Die durch die Geldknappheit erzwungene Einschränkung der privaten Baufähigkeit kann also gewissermaßen als müßig informiert begrüßt werden, als die Gefahr einer vielleicht sonst herannahenden ungehinderten Baupause befürchtet sei. Innerhalb überwiegen doch die ungünstigen Folgen der Geldknappheit, die glinstigen, häufiger und leichter unter diesen Verhältnissen die kleinen Unternehmer und die Handwerker.“

Da auf dem Geldmarkt seit Beginn des laufenden Jahres keine Befreiung eingetreten ist, so sind die Aussichten für das Baugeschäft nicht günstig. Die Löhne der in den verschiedenartigen Baugeschäften beschäftigten Arbeiter sind durchweg etwas gestiegen, im Allgemeinen etwa um 5 p.ßl. Maurer verdienen durchschnittlich etwa A. 4,50, gewöhnliche Bauarbeiter A. 3,50, jugendliche Arbeiter (unter 16 Jahren) A. 1,70 bis A. 2,20. Gute Maurergesellen bekommt bis A. 5. In den Tagesarbeiten wurden ähnliche Löhne gezahlt, für den erwachsenen Arbeiter A. 4,80, für den jugendlichen A. 2. Staffaturarbeiter erhalten A. 5,10, der erwachsene Arbeiter im Staffaturarbeitschule A. 2,80, der jugendliche A. 1,50. Es wird über einen Rückgang der Arbeitsleistungen geklagt. In der Bauaufsicht herrscht großer Mangel an brauchbaren Arbeitern.

Somit steht der Bericht.

Interessant in demselben ist zunächst das Gefäßbuch, das trotz der Abschwächung des Baugeschäfts der Bericht ein recht lohnendes, d. h. für die Unternehmer ein recht lohnendes ist. Wenn daneben auch behauptet wird, daß die Löhne eine Erhöhung um etwa 5 p.ßl. erfahren, so wird deshalb, wenn die Thatsache richtig ist, außer der Handelskammer wohl noch kein vernünftiger Mensch zu behaupten wagen, daß die Arbeit im Baugeschäft anspruchsvoll aufgetreten seien. Nach einer vom Centralverband der Maurer Deutschlands im Jahre 1898 aufgenommenen Statistik waren in Bochum insgesamt 471 Maurer beschäftigt. Von diesen erhalten Löhne: 21 25 A., 36 38 A., 27 37 A., 46 38 A., 52 39 A., 105 40 A., 36 41 A., 12 42 A., 131 43 A. und 5 44 A.; die Arbeitszeit war eine 10 stündige. Der Durchschnittslohn ist also auf 40 A. anzunehmen, denn nur 184 Gesellen von 471 erhalten mehr. Selbst wenn nun allgemein eine Abschaffung des Lohnes um 5 p.ßl. eingetreten wäre, was übrigens noch garnicht feststeht, so hätte deshalb nur eine Steigerung von 2 A. pro Stunde erfahren. Gewiß eine recht färgliche Zulage für die Gesellen angesichts des „lohnenden Berichtes“ der Unternehmer.

Der Bericht konstatiert sodann, daß die Zunahme der Bauaufträge in den Jahren 1892 bis 1896 mit dem Anwachsen der Bevölkerung gleichen Schritt gehalten, in den Jahren 1897 und 1898 stärker war, im Jahre 1899 aber hinter dem der Bevölkerung zurückgeblieben ist. Es werden hierfür mancherlei Gründe angeführt, unter anderen auch der, daß der Bedarf an Wohnungen allmählich im Wesentlichen wohl befriedigt sei und daß daher zur Zeit ein eigentlicher Mangel an Wohnungen, im Allgemeinen nicht mehr besteht. Wer erklärt diesen Widerspruch, der in diesen paar Sätzen enthalten ist? Erst ist die Zahl der Bauaufträge hinter dem Anwachsen der Bevölkerung zurückgeblieben und hinterher heißt es, daß ein Mangel an Wohnungen nicht mehr besteht. Das heißt doch wohl auf gut Deutsch: Für die Hausbaumeister, wozu auch wohl gräßtigste die Immobilienmietler im Baugeschäft gehören, besteht in solcher Mangel nicht. In Wirklichkeit aber ist es da, daß beweisen die hohen Mieten, die infolge dieses Mangels der armen Bevölkerung abgetrotzt werden. Aber die Baufähigkeit muß weiter künstlich zurückerhalten werden, damit nur die Herren Hausbaumeister keine Einbuße an ihren Einnahmen erleiden. Die Handelskammer aber begreift diesen Zustand als müßig, weil dadurch „die Gefahr einer herannahenden ungehinderten Bauauftragsbestellung“ ist.

Zum Schluß wird dann in dem Bericht darüber gesagt, daß die Leistungen der Arbeiter trotz der hohen Löhne — gute Maurer sollen A. 5 pro Tag verdienen — zurückgegangen ist und daß großer Mangel an brauchbaren Arbeitern vorhanden ist. Wir haben schon weiter oben dargelegt, daß der Bohn eines Maurers pro Stunde, inkl. des Steigerung um 5 p.ßl., 42 A. beträgt. Der Tagesarbeitsverdienst stellt sich demnach bei 10 stündiger Arbeitszeit auf A. 4,41, bleibt also noch um 59 A. hinter A. 5 zurück. Soll dieser Satz erreicht werden — und er kann wohl als Minimum dessen bezeichnet werden, was ein Maurer zur Erhaltung seiner Familie nötig hat —, so bleibt nichts Anderes übrig, als die tägliche Arbeitszeit um ein paar Stunden zu verlängern. Das unter diesen Umständen brauchbare Kräfte in Bochum im Übermasch nicht vorhanden sind, ist leicht erkläbar. Diese werden jetzt nämlich nach Orten, die ihre Arbeitskraft höher bewerben, wo es ihnen bei längerer Arbeitszeit möglich ist, so viel verdienen zu können, als zur Lebenshaltung und Wohnburst gehört, wozu wir nicht bloß Essen, Trinken und Schlafen rechnen. Es kommt weiter noch hinzu, daß der Immobilienunternehmer in Bochum, ebenso wenig wie ihre Kollegen in Rheinland und Westfalen, seit Menschenbedenken nicht das Geringste gehabt haben, um brauchbare Gesellen heran zu bilben. Dies haben sie, großmuthig, wie sie nun einmal sind, ihren Kollegen in Norddeutschland überlassen. Von einer eigentlichen Lehrlingsausbildung, wie sie anderwärts, besonders in Norddeutschland, üblich, kann in Westfalen und Rheinland keine Rede sein. Der Unternehmer beginnt sich damit, eine Menge jugendlicher Arbeiter als „Speisbuben“ anzustellen und aus diesen rekrutieren sich dann später die Gesellen. Hat so ein jugendlicher Arbeiter ein oder zwei Jahre den „Vogel“ getragen, dann läßt er sich eines guten Tages Hammer und Zelle an und der Maurer ist fertig. Geht es in der ersten Zeit mit dem Maurer auch noch so leicht, so freut sich der Unternehmer doch, daß er eine billige Arbeitskraft gewonnen, denn das Steinattempeln in einer vollen Giebelwand bringt je schwierig auch solch ein „Gefelle“ fertig, und das ist schwierig doch die Haupstache. Kommt aber so ein ungelernter Maurer einmal an eine etwas komplizierte Arbeit, dann ist es mit seiner Kunst vorbei. Die Unternehmer jammern dann über unbrauchbare Kräfte und über Nachlassen der Arbeitsleistung.

Wollen die Unternehmer, daß diese Klagen bestimmen, dann mögen sie zunächst dafür sorgen, daß eine geregelte Arbeitszeit, die 10 stündige vorerst, eingeführt, den Gesellen ein auskömmlicher Lohn und eine entsprechende Behandlung zu Theil werde, dann werden sie auch brauchbare Kräfte erhalten. Wie hätte dieser Bericht sonst das Geringste gehabt, wenn er ernster wäre, wenn er nicht die Löhne der Unternehmer so zum Ziel führen.

Brief aus der Schweiz.

Büro, im August
Streit in Lausanne. Baukonjunktur von 1899 bis 1898.
Baufragen in Bern und Zürich. Missio der Bauarbeiter.

In der Hauptstadt des Kantons Waadt in Lausanne (spr. Lozanne), ist am 24. August ein Streit ausgebrochen, der zwischen ca. 1500 Maurer und Handlanger befehligen. Lausanne ist eine Stadt von ca. 45 000 Einwohnern und liegt am Übergang des Juras auf drei Hügeln und den dazwischen liegenden Thälern. Man genießt von den Höhenpunkten eine prächtige Fernsicht über den blauen, kristallinen Genfersee und über die Alpen, die sich im See majestätisch spiegeln. Neben dem Reichthum an Schönheit, den diese Landschaft von der Mutter Natur geschenkt erhält, ist es den Reichtum an mehrtägigen Bauten, der diese Stadt auszeichnet. Daß der 25 m hoch und 188 m lang ist, und die Stadttheile St. Francois mit Laurent verbunden. Damit gewann man durch Ausfüllung und Überwölbung einen großen neuen Platz „Ribonne“, auf welchem eine Portaille, ein Museum und mehrere Schulgebäude errichtet wurden. Ein sehr wertvolles Gebäude ist auch die in frühgotischem Stile erbaute Kathedrale, von welcher 1876 der Neubau des einen Turmes vollendet wurde. Was nun die weitere bauliche Entwicklung betrifft, so ist bemerkenswert, daß die Zahl der Wohnhäuser seit 1888 bis 1898 von 2229 auf 2977 gestiegen ist. Die beste Baugestaltung wird sie nie zum Ziele führen.

entstanden sind? Das kann uns nicht verhausen, unsere Tafell zu ändern. Die christlichen Organisationen werden sehen, daß es ihnen nicht möglich ist, die freien Gewerkschaften unter die Füße zu bekommen. Es kann gar nicht leiden, wenn die verschiedenen gewerkschaftlichen Dichtungen einen Konturenstanzl wie die Gewinnung der Unorganisierten führen. Sie alle—christliche Geschwister oder freie Gewerkschaften—haben etwas gemeinsam, denn sie treten ein für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Wir können deshalb die anderen tolerieren, weil sie doch nun mal da sind, anstreben und tolerieren gegen sie sein; wir können die Wohnbewegungen mit ihnen aufzunehmen, aber eine weitere Kündbungslage führt nicht zu dem gewünschten Ziele. Wir können keine Veranlassung, unsere bisherige Tafell zu ändern. Wir können nicht sagen, wir wollen keine Politik treiben, denn wir sind überzeugt, daß die Lösung der Arbeitserfrage nur erfolgen kann, wenn die sozialdemokratischen Grundsätze verwirklicht sind. Gest dann hat die Arbeiterschaft gelesen.

Am den Vortrag, der von der stark besuchten Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine Diskussion. Die Einwendungen, welche gegen die Ausführungen des Referenten vereinzelt erhoben wurden, befaßten nur nebenstehliche Punkte. Im Allgemeinen war man darüber einig, daß die Gewerkschaften ihre jetzige Zustand nicht ändern und die Verfestigung nur Politik nicht aufgeben sollen. Zum Schluß wurden einige Haushaltungsgelegenheiten erledigt. Den strittigen Gattlern bewilligte man K. 1000. Ferner wurde ein Antrag angenommen, welcher der Vertretersitzung das Recht gibt, für lokale Streiks Summen bis zu K. 500 zu bewilligen. Kolleg. Bauer soloch die Versammlung mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie.

Von auf die Gewerkschaftsversammlung und die Sozialdemokratische Partei fand am 28. August eine groÙe, belichtige, öffentliche Plauersverfassungssitzung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung in „Die Bestrebungen des deutschen Maurer-Verbandes“, hielt Kollege Schwarz aus Hamburg einen Vortrag. Nebenführte er, daß bis vor dieser Zeit in den baltischen Provinzen der Generalverband der Maurer Deutschlands wenige Bautstellen hatte, sondern die Maurer hätten sich meistens in örtlichen Dingenstchen, in katholischen Gesellenvereinen, ein anderer Club wieder in sogenannten Bruderschaften vereinigt; dieses müsse anders werden, als alle Maurer müssen in einer Organisation vereinigt sein. Als Verteilung führte Nebner die Anmungen und die Unternehmensverbände an, was alle Unternehmer in einer Organisation vereinigt sind; bloÙe Herren ist es vollständig gleich, ob Jude oder Christ, sie reden alle nach einem Ziel, nämlich die Arbeitszeit zu niedrig zu halten, daß ein reich arbeiter Profil für sie abgesiebt bleibt. Den Arbeiter redet man vor, daß diese oder jene Mützung die beste sei, um ihre Fähigkeit an hinzutreiben und sie von dem Ziel, Erkrankung höherer Löhne, abzuhalten. Der Generalverband der Maurer Deutschlands habe nur das eine Ziel, die Hebung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters und die Pflege der Solidarität. Auch würden die Kollegen nach ihrer religiösen Ausrichtung nicht gefragt. Nachdem Nebner noch die Verhältnisse in Mecklenburg geschildert und die legendäre Wirkung des Verbandes hervorgehoben, empfaßt er den Kollegen den Weltplatz zum Verband. Die Ausführungen wurden von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen. Es wurde beschlossen, eine Baudatei zu gründen; fast alle Anwesenden lebten sich in den Verband einzuschreiben. Im zweiten Punkt wurden noch die Kollegen Pleitowest und Jasmer in die proprieitative Verwaltung gewählt, um die nötigen Vorberichten zu erledigen.

Am Dienstag, den 29. August, hielt die Abstimmungs-Gesellschaft die regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Der Präsident gab der Versammlung bekannt, daß der Wiederaufschluß verhindert sei, um zu erscheinen. Als vorläufiger Vorsitzender wurde Kollege Jens gewählt. Stellige Tabelle eröffneten den Bericht der Kommission über die Haftbefehlsverfolgung im Bereich des Amtsvorstandes und stellte fest, daß der Amtsvorstand gut zu meidern sei, denn Amtsvorstand und habe sich in Kunden hielte als solcher erwiesen. Heraus sprachen sich noch verschiedene Redner, in gleichem Sinne aus und ein Antrag, welcher die unbedingte Befreiung des Amtsvorstandes von 1891 verlangt, wurde in geheimer Abstimmung mit 71 Stimmen angenommen. Vier Zeiten waren ungültig. Für den Amtsvorstand hatte Niemand mehr gestimmt. Am Punkt „Beschluß“ gab der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Mitgliederversammlung auf einen Sonnabendvormittag falle und stellte den Kollegien anheim, die Versammlung an einem anderen Tage aufzuhören zu lassen, so sonst ein schlechter Besuch zu erwarten sei. Es wurde dementsprechend beschlossen, die nächste Mitgliederversammlung am Sonntag, den 8. September, Morgens 11 Uhr, abzuhalten. Weiter wurde beschlossen, das Baubewilligungssystem einzuführen, um den Widerständen bereits der Bauarbeiten und Werke energischer zu Leibe zu ziehen und die Kollegen an eine bessere Beteiligung an den Sammlungen zum Streitfonds zu gewöhnen.

Am Dienstag, den 21. August, tagte im "Englischerhof" in Frankfurt a. M. die monatliche Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagessitzung wurde das Abendtheater Gedächtniss in politischer Poetik gegeben. Dann wurde ein vorzüchlicher Schriftführer am Stelle des fehlenden, nis einen Periwig tragenenden, wahrscheinlich sehr lässigen Schriftführers gewählt. Kollege Herwegh schrie als Diferent aus, daß die Situation im Bauwesen keine glänzende genutzt werden könnte, auch in Frankfurt nicht, obgleich eine Wohnungsnöth herrsche. Hunderte von kleinen Wohnungen fehlten und die armen Leute beflossen bald keine Wohnung mehr. Das Kapital suchte das ganze Baumgewerbe an sich zu ziehen, um dann nach Willen der Betriebsleute und wollten zu können. Man könne bald behaupten, daß ein einziger Unternehmer mit eigenem Kapital bau, der Kapitalist tauscht große Komplexe, löst die Baugeschäfte auf und verläßt die Börse dann mit Baugeschäften, Baukapital und Zeichnung. Die sogenannten Bauverbünden werden so gezogen, wie es der Kapitalist gerne willst. Würden die Meister mit uns Hand in Hand geben, wäre es möglich, den Kapitalisten etwas abzutun, aber sie seien auch nur die Handlanger der Kapitalisten und sie könnten selbst nicht aus der Schmuckkonkurrenz heraus finden. Am deutlichsten sah man es bei den Streiks. Sodann die Unternehmer, daß sie nichts heraussetzen, dann hießen sie gleich Verhandlungen anzubahnnen, um an den Hordertagen etwas abzuzwicken. Die Kollegen hätten alle Prüfung, gemeinsame Sache zu machen, denn das Befreitwerden der Unternehmer sei darauf gerichtet, in 9 bis 10 Jahren so viel bestimmt zu haben, um uns dann freihand zu können. Mit Recht schrie Herwegh aus, daß der Streikfonds besser bedacht werden müsse, damit, wenn die Unternehmer es wirklich wagen sollten uns auszupeppen, wir sagen können, wie haben sie das.

wir halten es aus. Auch mit dem Bauschuh sei es schlimm bestellt. Auszerte sich ein Pariser, bei dem ein Weltbündner gestorben in Bonn und in der Mutter aufzunehmen fürte. „So, hier sind wir nicht im Westen.“ Durch solche Bortkommunisten werden die soliden Geschwister gezwungen, auch zu plündern, wie die Bauern. Die Einzelnen müssten mehr erfolgen. Waren wir genügend organisiert, könnten solche Pläne nicht mehr vorkommen. In der Diskussion führte Kollege Wolf aus, daß die Unternehmer beabsichtigen, die Entstaltung möglichst einzuführen. Der Staatsanwalt sei bei den Betrieben gleich da, z. B. in Dresden, wo ein Kollege wegen einer Geringfügigkeit sechs Monate erhielt. Kollege Döpertz lobte die Loyalität der Stellenlagen. Helm Bimmerer und Weltbündnerkreis hätten mit deren Organisation Dienste geleistet, um uns lämmere zu machen. Sodann wurde unterschobt, daß an das Arbeiterselbstverständnis diese Eingabe gerichtet worden sei, den nicht organisierten Kollegen keine Auskunft zu erhalten, weil sie keinen Beitrag entrichten. Die Eingabe wurde abgelehnt, vertheidigende Kollegen gaben mit Nein. In „Vertriebenen“ wurde Kollege Döpertz als Delegierter in den Ausschluß zur Wollvorstellung gemacht. Es sollen stets bestrebt werden, auch solchen verschiedenen Zugangswegen gehalten werden, damit solchen vertriebenen Zugängen in den Museen genügt werden, da dieselben zur Ausklärung dienen. Mit einem Hoch wurde die Versammlung um elf Uhr geschlossen.

Am 26. August fand in Gelsenkirchen eine öffentliche Mauerverehrung statt mit folgender Tagesordnung: „Unternehmervereinigung und Arbeiterversicherung“, Kollege Künne, welcher als Vorsitzender erschienen war, zog in seinem Auftrage Vorwürfe, daß das Unternehmertum durch Zusammenstöß in Kartellen, Syndikaten usw. stellt, bemüßt sei, auf Kosten der Arbeiter sie zu bereichern. Durch die Vereinigung der Eisenindustrie in der Preuß. der Eisenwaren um 1870 gestiftet, aus allen diesen Unternehmerverbindungen sollten die Arbeiter lernen, sich ebenfalls zu vereinigen, um bessere, menschenwürdige Zustände zu schaffen; $\frac{1}{2}$ der deutschen Männer seien organisiert und $\frac{1}{2}$ ständen und noch als individuen entgegen. Mit diesen $\frac{1}{2}$ müsse in gleicher Weise vorgegangen werden, dann wäre auch die Verhältnisse zum Weltmarkt zu bewegen sein. Da die Arbeitserziehung müsse eintreten, daß der Arbeitersklasse nur die Selbstfürsorge bleibt. So lange die Arbeitersklasse im Kampfe der wirtschaftlichen Entwicklung sich als obdigfähig behalte, könne sie von den herrschenden Klassen keine Verbesserung und eine Anhebung der Verdienstsumme erwartet. Ein altes Sprichwort sagt: „Von Deinen Freunden hörtst Du lernen.“ So mögen denn die Männer von Gelsenkirchen aus den NS-Abstürzungen des Kollegen Künne und mehreren Anderen die Lehre ziehen, daß Einigkeit stark macht. Dem Punkte „Vertriebenen“ machte der Plenarvorsitzende nach einige Ausführungen in Wnung auf die Arbeiterspreche. Der Arbeitnehmer sollte mir solche Belehrungen lesen per Post, untersetzen, die auch in Wirklichkeit die Interessen der Arbeitnehmer vertrete. Gerade dadurch, daß die Männer später infolge der langen Arbeitszeit so wenig lesen können, sei es zu erklären, daß noch so viele der Organisation fest stehen, gerade durch das Lesen lange Ausklärung eintreten. Nach der Ausförderung zum Eintritt in den Zentralverband wurde die interparteiliche Vereinigung geschlossen.

In Hamburg fand am 14. August eine öffentliche Maureverhandlung statt. Der Eintritt in die Tagessitzung wurde durch Abzeichen des Genossen gestattet und durch Erheben von den Säulen geahrt. Hieraus fiel der Streitfall der Zentralaussammlung für Bauarbeiterleibzuh. Nach Begründung der Vorlesung über "Bauarbeiterleibzuh," Nach Begründung der Vorlesung über "Bauarbeiterleibzuh" durch Meisterkunst, kürzte der Referent zur Illustration der Unfallgeschichte einige Zahlen auf. Seit dem Verleben der Bauarbeiter-Verlustgenossenschaften vom Jahre 1888 bis 1898 sind 882 643 Unfälle zur Anzeige gelangt; die Zahl der tödlichen Unfälle betrug in demselben Zeitraum 11 089. Die Zahl der Unfälle ist in stetiger Ziffern abgestiegen, was durch folgende Zahlen veranschaulicht wird: Im Jahre 1888 1844 Unfälle und 1684 Tode, im Jahre 1897 41 489 Unfälle und 1004 Tode, im Jahre 1898 46 166 Unfälle und 1071 Tode. Im Jahre 1898 waren 1 927 379 Personen des Bauarbeiterverbandes versichert. Auf 1000 Versicherte kamen durchschnittlich 26,84 Unfallsachen. 6514 Frauen beweinen ihre Männer; 12 705 Kinder haben den Vater, Erzieher und Lehrer verloren und 498 andere Unterhaltungsverpflichtete beflogten den Tod ihrer Angehörigen. Diese Zahlen sprechen ganze Wahrheit und da sollte man doch annehmen, dass nach der Regierung einer Abhilfe geschafft würde. Aber weit gefehlt! Es wären Baulerbeiter mülliger rütteln, um auch nur den kleinsten Schritt in der Besserung des Arbeiterschicksals weiter zu kommen. — Es wurde beschlossen, zwei Photographicapparate anzukaufen, um, wenn es nötig ist, Aufnahmen im Bauarbeiterlager auf dem Papier festzuhalten. Zu Neujahren der Streitabrechnung wurden die Kollegen Höhe und Bass gesucht. Es wurde sehr darauf hingewiesen, daß augenscheinlich der Arbeitstag nicht überfüllt ist, denn wir haben bis jetzt eine große Anzahl Kostenlos weiter befördert.

= Eine außerordentlich gütliche öffentliche Versteilung tagt, im "Bauof" am 28. August. Anfangt wurde dem Streitkomitee die Beaufsichtigung der Menschen für das obige Bureau übertragen. Sodann wurde die Streitbefriedigung verlesen und genehmigt. Einnahme und Ausgabe blänksten mit 46. 27. 138.80. Hierauf sprach Adolphe Melchner über Aufford-gebeit, die er vertheidigte. Um bei den ungemein niedrigen Abfertigungsstunden den gefeiigten Stundenlohn zu verleihen, müsste die meisten Kollegen, so fortwährend überzeugen, was vorzeitiges Scheitern und Auftreibstät im Gefolge habe. Nachdem viele Kollegen durch die gegenwärtige Herunterbeleidung der Preise nicht in der Lage seien, die angekündigte Verdienstvergütung hießen sie schon in der ersten Stunde doppelt, weil der bereitbare Preis, bei Wahlen nicht ausreiche. Bei einem Stundentlohn von 25.—28.—4 wäre früher an Inneneinbuden 45.—48.—4 pro Augendienster Bedienten und 25.—28.—4 pro Augendienster Wandpus gezahlt. Jetzt würde bei einem Stundentlohn von 47.—4 rep. 4 vom nächsten Jahre ab von einzelnen Meistern verlust, 28.—4 und 18.—4 an Inneneinbuden zu zahlen. Den

h hierüber eine lebhafte Diskussion. Mit Antrag des Kollegen Lubitsch wurde gegen fünf Stimmen beschlossen, daß für Augsburger Büuden und Münzenge die Arbeitssatz im Maurer-
werbe mit dem 1. März 1901 aufzuhören solle.

In der am 20. August von der Bahlfeile Kiel abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde berichtet, daß die Kommissionsverhandlungen mit den Bauräberlein, sowohl bei bestehender als auch bei Generalvorstandswahl, in den Verhandlungen erschienen, um Einigungsvorschläge zu machen, relativistisch verlaufen waren. Nach einer sehr schildernden Diskussion beschloß die Versammlung, es bei dem in der außerordentlichen Mitgliederversammlung gefassten Beschuß zu belassen, nämlich den Vorstandswahlen den Bauräberlein 40 % Stimmabstimm und gleichzeitig an dem etwaigen Übertritt an zuziehen. Sollten auf Grund dieses Beschlusses Kollegen arbeitslos werden, so werden sie durch Unterstiftung erhalten. In Sachen der Kreppjägerkantone wurde bekannt gegeben, daß schon eine Anzahl Kollegen entlassen seien, weil sie sich weigerten, die dort herrschende schändliche Arbeitszeit einzutragen. Die Verwaltung und der Gesellenausschuß sollen berücksichtigen, möglichst Volljährigkeit mit einem dort arbeitenden Kollegen zu erhalten und eventuell die Sparre über die genannten Kantone zu verbängen.

Die Sitzstelle Königsberg 1, Pr. dient am Dienstag, 1. August, im Ratssaal von Wenzel eine Mitgliederversammlung der. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag, 2. Wahl der Abgeordneten. Der Befreiungsbund Hugo Kästler eröffnete um 1 Uhr die Versammlung und erhielt den herzlichen Braun- wort. Genosse Bräuer reagierte über den Werth der Arbeitersolidarität. Redner Bräuer erinnerte eingehend die Arbeiterklasse an die schändlichen Seiten, schwärzte, wie die Wohlhaber stets bestrebt waren, den Arbeiter und die Befreiungsbund, welches Verhandlung ist für die erfolgreiche Durchführung von Sozial- empfehlungen vorzunehmen. Es wurden daher drastische Billig- gesetze gefordert. Die Verkündinie gestalteten es hoffentlich nicht mehr als Arbeitern das Sozialitätsrecht vorenthalten. Befreiungsbund forderte es ihnen heute auf jede mögliche Art. Anfangs der aufgestellten Arbeit sei es, in den breiten Arbeiterschaften, die nicht sind über die Bedeutung des Befreiungsbundes noch nicht aufmerksam sind, die Freiheit vom Werk betrieben zu werden. Es wurde sodann beschlossen, die Verbandsversammlungen im Ratssaal Herrn Albrecht, Rigastr. 9, abzuhalten. Am Dienstag wurden die Kollegen Koch, Wallenbauer und Lüttichau gewählt, die hierauf erfolgte mit einem Hoch auf den Verband geschah der Versammlung.

Eine öffentliche Mauereröffnungssitzung fand am Dienstag, den 28. August, im "Baukönig" in Leipzig statt. Vor Eintritt in die Tagessitzung wurde der Vorname des verstorbenen Kaiserlichen Wilhelm II. niedergeschlagen. Die Redenmärsche waren das Gedächtnis des Verstorbenen durch Erzählen von den großen Leistungen seines Herrschertums. Die Redewendung "Weltwirtschaft" wurde durch die Weltwohlfahrtstätigkeit der Arbeiterklasse ersetzt. Überall übernahmen die Arbeitergruppen die Begrüßung und die Ansprachen. Am Abend übernahmen die Freunde von den Gewerkschaften nicht genügend Beifall. Nur wenige Gewerkschaften sind bestrebt, Gewerkschaftszeit als vermeintlich sozialen Dienst zu betrachten. Einzelne Berufe sei die Heeresförderbarkeit geradezu grauenhaft. So wurden z. B. in einer wichtigen Kundgebung von den Waffenschmiedemeistern nicht weniger als 10.000 Heereslunden in einem Jahre geleistet. Der große und starke Verbund der deutschen Blutbrüder ihres Landes, um solche Missstände zu bestreiten. In mehreren anderen Berufen bestehen dagegen Widerstände. Würden die Organisationen mehr für die Verschönerung der Arbeitswelt thun, so würde es sich erübrigen, Arbeitslosenstellen zu schaffen und die Lebenshaltung der Arbeitnehmer zu verbessern. Zum zweiten Punkt der Tagessitzung berichtete Kollege Jacob über eine am 11. August ausgetragene Schrottkonföderation. Gestellt wurden 8500 Mauerer, 271 Werktiere und 897 Schreibmaschinen. Schrottkonföderation hatte genannt 34292; von diesen erhielten 2886 € 55, 43, 871 € 45 56, 78 43 77 4, 11 4 68 4, 1 1 59 4. Einzelheiten. So Mauerer erhielten unter 45, und zwar von 64 bis 45, 63 und das einzige Geschenk im ersten und zweiten Geflechtjahr. Das

Während der ersten vier Monate des Jahres 1900 war die Arbeit im Betrieb auf dem Höhepunkt. Der Betrieb wurde mit großer Geschäftigkeit und Leidenschaft ausgeübt. Die Produktion von Eisenwaren und Metallwaren war sehr hoch. Die Firma erzielte eine hohe Gewinnrate. Die Arbeitnehmer waren zufrieden mit ihren Löhnen und den Arbeitsbedingungen. Die Firma war bekannt für ihre Qualität und Zuverlässigkeit. Die Produkte wurden weit über das Land hinaus exportiert. Die Firma war ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung der Industrie in Deutschland.

In München tagte am Sonntag, den 19. August, im großen Saale des Münchener „Künstlers“ eine überaus starke und bedeutende Malererversammlung, in der Genosse Götschick von einem saudoch eindrucksvollen Vortrag das Thema behandelte: „Was lehrt uns der Münchener Glücksrutsch?“ Der Referent legte die Gründe und Ursachen dar, die dazu führten, daß der Bobenkampf des Glücksrouts einen ungünstigen Verlauf nahm und verlor gegen das unter einem großen Theile der Bauarbeiterkraft München verbreitete Gerücht, daß die Streikenden von der Verbandsfeste in Hamburg im Stiche gelassen wurden. Medien

führte, nachdem er die Vorbereidungen, die nochwendig sind, um einen Bahnkampf siegreich durchzuführen, rasch erörtert und den Bimmercrest mit Jahre 1890, sowie der Schreinertreit und die angebrochene Bauarbeiterausprägung vom Jahre 1898 gekreist hatte, etwa folgendes aus: Seit Jahren war die allgemeine Organisationslosigkeit der Münchener Maurer und Zimmerer nicht nur unter der Arbeiterschaft Münchens, sondern ganz Deutschlands sprachwidrig geworden. Jetzt, da sich nach unausgelegter Agitation eisiger Kollegen, selber Branchen etwas zu regen begann, tritt man, anstatt die Situation anzunehmen und die Organisation auszubauen und zu festigen, unter den deutbar ungünstigsten Voraussetzungen, begeistert durch die schwunghaften Reden eines anscheinend vom Großwohnbau befallenen und moralisch auf keiner so hohen Stufe stehenden „Kameraden“, allen Warningsrufen der urchristlichen Kollegen, sowie der Arbeiterspreche zum Höhen in den Streit ein. Was im Kampf erfahrene Leute befürchtet hatten, wurde schneller, als man erwartet, zur tragischen Wahrheit. Man sollte doch niemals in einem Streit eintreten, um auch einmal sagen zu können: „Man habe auch einmal gestreift!“ Es ist notwendig, daß die Arbeiterschaft weiß, warum sie in den Streit eintrete, und diesen Schritt nur dann unternimmt, wenn sie den Willen und die Überzeugung hat, den einmal begonnenen Kampf unter allen Umständen durchzuführen und die daraus entstehenden Folgen auf sich zu nehmen. Erste Grundbedingung ist eine gut fundierte Verbandsbasis, da hierauf das Unternehmerium seine Stellung einrichtet, was eine Neuerung des Schärnhausers Habschreinern in Bezug auf den Schreinertreit beweist. Hat sich auch begeisterter Herr in Bezug auf die Mittel des Holzhandelsverbandes bedeutend geirrt, so kenntigt es doch den Standpunkt des Unternehmeriums in der Beurteilung der Sachlage. Diese Vorbereitung (eine gut fundierte Verbandsbasis) war bei den Zimmerern vorhanden und stand ihnen auch zur Verfügung unter der Bedingung, daß die Zimmerer, wenn sie in den Kampf eintreten, sich den statutarisch festgelegten Verhältnissen unterwerfen. Der Hauptpunkt, weshalb der Bimmercrest verloren ging, war die Unfähigkeit der leitenden Personen. Dieser sei der Punkt, über den die weite Kreise der Münchener Arbeiterschaft im Dunkeln sind und den richtig zu stellen, die Hauptaufgabe der Versammlung sei, da besonders unter den Maurern die Deutung fortgesetzt werde, den Zimmerern sei die Unterstützung verweigert worden, den Maurern gehe es gerade gut. Das Verbandsstatut des Zimmerer schreibt vor: Die ersten acht Tage eines Streits wie keine Unterstützung geahndet. Im Uebrigen besteht die Unterstützung pro Mann und Woche M. 12 und für jedes Kind unter 14 Jahren M. 1. Hier halte der Hauptvorstand schon eine Ausnahme gemacht, indem er durch den Vorstehenden Schräder sich bereit erklärt, beiläufig Unterstützung schon vom vierten Tag ab einzutreten zu lassen. Nichtsdestoweniger ging „Kamerad“ Kaufmann her und erklärte beim Appell, daß der Unterstützungsfall doch geregelt sei: Die Unterstützung wird vom ersten Tage ausgeschlagen; es erhält jeder ledige Kollege pro Tag M. 2, der mit Kindern gleichgestellt. Außerdem Kollege pro Tag M. 2,50 und der mit Kindern gleichgestellt M. 3, sowie jedes Kind pro Tag M. 0,50. Eine derartige fallweise Vorwegstellung war dem Herrn Aufzmann nie möglich angesehen, der gänzlichen Unwissenheit der großen indifferenzen Massen unter den Zimmerern. In beiden hatte sie vorherhanden ihren Zweck nicht verfehlt. Die Lustsucht für verberuhende und mit Kindern reich gesegnete Kameraden, im Falle eines Streits den gleichen oder einen höheren Satz an Unterstützung zu beziehen, als bei der Arbeit verdient wurde, bestimmtete manchen Zimmerer, die Arbeit nieder zu legen, der sonst nicht dazu zu bewegen gewesen wäre. So hatten denn auch bald nach der Angrafe Aufzmann's 1890 Zimmerer die Arbeit eingestellt und sich zum Appell im „Thomaskräutertüller“ eingefunden. Dies war aber keine zielsbewußte, mit fester Überzeugungskraft für eine bestimmte Ziele eintretende, sondern eine durch schwunghafte, phrasenreiche Redensarten und falsche Vorstellungen momentan begeisterte Masse. Als daher am ersten Zahltag die vertragene Unterstützung nicht ausgeschlagen wurde, sondern nur der im Statut festgelegte Satz, wurde unter großem Spektakel und Schimpft auf den Hauptvorstand und die Kollegen, die sich nicht an dem allgemeinen Läm beteiligten, erklärt, nun wieder zur Arbeit zurück zu kehren zu wollen. Einige, anscheinend besonders „zielsbewußte“ Kameraden scheiterten sich nicht, zu sagen: „Maurer gehen wir hin und machen Schreineraufstände!“ (Blutrufe). Dieser Vorgang läßt die indifferente Masse mit ihrer ganzen Unkenntnis von der Bedeutung des Schreinertreits und eines Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt in besonders grettem Lichte erscheinen. Arbeit verteilte noch auf die Zeitabdingung, die der Centralvorstand des Zimmererverbands schon in der ersten Woche des Streits erließ und die dahin ging, daß er unter der bestehenden Leitung jede Verantwortung für den Streik ablehnen müsse und zog dann die Nutzanwendung für die übrigen, der Organisation noch fern stehenden Bauarbeiter. Die Unternehmer bekämpften die Bestrebungen der Organisationen in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit nicht deshalb, weil angeblich das Gewerbe Schaden leidet, sondern weil durch die Verkürzung der Arbeitszeit dem Arbeitnehmer mehr Gelegenheit geboten wird, sich dasjenige Wissen anzueignen, das zur klaren Beurteilung der sozialpolitischen Zustände notwendig ist. Bezeichnend für die Unwissenheit eines großen Theiles des Münchener Arbeiterschaft sind auch einzelne Neuerungen gerade der Maurer in Bezug auf den Bimmercrest. Um den Unterschied zwischen einer organisierten und einer unorganisierten Arbeiterschaft zum deutlichen Ausdruck zu bringen, führte Niedner den Schreinertreit als Beispiel an. Hier haben sich alte, zum Theil in einem Gebäude genau gewordene Arbeitnehmer gegen Angestellte besonnen; sie sind mit ihren Kollegen tollpatschig zu erklären und die Arbeit wieder zu legen, weil sie begriffen haben, daß nur durch ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft ihr hartes Doss gerettet werden kann. Mit der Aufforderung, die übrigen Bauarbeiterverbänden und besonders die Arbeiterschaft zum deutlichen Ausdruck zu bringen, führte Niedner den Schreinertreit als Beispiel an. Hier haben sich alte, zum Theil in einem Gebäude genau gewordene Arbeitnehmer gegen Angestellte besonnen; sie sind mit ihren Kollegen tollpatschig zu erklären und die Arbeit wieder zu legen, weil sie begriffen haben, daß nur durch ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft ihr hartes Doss gerettet werden kann. Mit der Aufforderung, die übrigen Bauarbeiterverbänden und besonders die Arbeiterschaft zum deutlichen Ausdruck zu bringen, führte Niedner den Schreinertreit als Beispiel an. Hier haben sich alte, zum Theil in einem Gebäude genau gewordene Arbeitnehmer gegen Angestellte besonnen; sie sind mit ihren Kollegen tollpatschig zu erklären und die Arbeit wieder zu legen, weil sie begriffen haben, daß nur durch ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft ihr hartes Doss gerettet werden kann. Mit der Aufforderung, die übrigen Bauarbeiterverbänden und besonders die Arbeiterschaft zum deutlichen Ausdruck zu bringen, führte Niedner den Schreinertreit als Beispiel an. Hier haben sich alte, zum Theil in einem Gebäude genau gewordene Arbeitnehmer gegen Angestellte besonnen; sie sind mit ihren Kollegen tollpatschig zu erklären und die Arbeit wieder zu legen, weil sie begriffen haben, daß nur durch ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft ihr hartes Doss gerettet werden kann.

wo er beauftragt war, ein Referat zu halten, was jedoch von dem mehresach erwähnten Kaufmann und seinem Anhänger durch Lärm und eine häbliche Portion Grobheiten verhindert wurde, ging mit diesem Mannne sich schief ins Gericht, bedauerte aber auch zugleich den Indifferenzurteil und die allgemeine Unkenntlichkeit, die unter den Zuhörern noch herrschte. Wannen die Zuhörer aufgelaufen und ruhiger in der Beurteilung der Sachlage gewesen, so wäre es auch unmöglich gewesen, daß Kaufmann mit seinem Schwund durchgetan wäre. Medien forderte die Anwesenden auf, energisch in die Agitation unter den Zuhörern einzutreten. Hierauf gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute im Münchener „Kindertag“ tagende, überaus gut befehlte Mauererversammlung erklärt sich mit den Aufführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und bedauert, daß der Streit der Zuhörer einen so traurigen Ende genommen. Sie erkennt aus dem Berichte des Streits die schweren Folgen der Organisationslosigkeit und der damit verbundenen Unkenntlichkeit. Sie erblickt in der Organisation die Fördererin der geistigen und materiellen Erhebung der Arbeiterschaft und den besten Wall gegen die Übergriffe der Unternehmer auf die an und für sich den Zeit- und Lebensbedürfnissen nicht entsprechenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Anwesenden verpflichten sich deshalb unter heiligem Mann für Mann der Organisation beizutreten, um sich die Errungenschaften der modernen Arbeiterbewegung immer mehr und mehr zu eignen zu machen und so sich die Wahrung der gesammten Arbeiterschaft zu eringen, wie auch den Rehpelz der Unternehmer.“ — Nach einem kräftigen Schlussswort des Referenten forderte der Vorsitzende noch nach den Anwesenden auf zur moralischen und materiellen Unterstützung des streitenden Schreiner, sowie auch der Arbeiterpresse („Münchener Post“). Unter Hinweis auf die norddeutschen Kollegen in Bremen auf die Leistungen zum Streikfond erfolgte mit einem Hoch auf den Freitagsabend Schluss auf die unphantastische Verzählung.

In Niederplautz bei Weilau sollte am 28. August eine öffentliche Mauerversammlung stattfinden. Das vorgebereitete Kollektiv, Schanzlereihaft des Konsumvereins, wurde jedoch seitens der Polizei beansprucht und die Versammlung verboten. Es stand wohl brauchbare Verhandlungsfotos gering vorhanden, aber sie fehlen den Arbeitern nicht zur Verfügung.

Aus Ostrowo erhalten wir ein Schreiben, das wir hiermit zum Abriss bringen, weil es die Rolle der Arbeitersubstanzierung in so großer Weise beleidigt, wie doch kaum jemals bisher geschehen ist. Das Schreiben ist von einem Mauerer verfaßt, dessen Ausdrucksweise wir auch beibehalten, nur die wortgraphischen Fehler haben wir ausgeräumt. Es lautet:

„Zum dem Herrn Baumeister Fr. Dynalski von der Hülfsschulzstelle Ostrowo und Umgegend. Dieser Herr wird von uns allen, die bei ihm in Arbeit stehen, mit Lob und Dank begrüßt für alles Gute, welches er seinen Arbeitern mit brüderlicher Liebe thut. Nicht etwa aus Stolz oder Übermuth, nein, er will nach der heiligen Schrift leben und sich der armen unterdrückten Arbeiterschaft annehmen, wie es einem jeden ehrenvollen und charaktervollen Arbeitgeber gehörte. Er ist der älterenarmste Baumeister der Kreisstadt Ostrowo, doch der älterenarmste und ehrenlichste. Dieser Herr sorgt für seine Arbeiter so härtler wie ein anständiger, ordentlicher und vernünftiger Familienvater für seine eigenen Kinder. Er kann es nicht über sein Herz bringen, daß er möchte, der Montags in der Mittwochnacht seine Arbeiter aus dem Schlaf treiben und bei Sonnenaufgang bei ihrer Arbeit stehen, und wenn sich die Leute den ganzen Tag hindurch müde gearbeitet haben, nichts Gedichtet in ihren Mägen tragen und auch nicht wissen, wo sie schlafen sollen. Die Arbeitsteufel sind gezwungen, in irgend einem Strafengraben, auf dem Saatfeld oder vielleicht, wenn sie etwas Gutes tun, bei einem Gutshofe im Stalle auf dem Fuß, Pferde, Schafe oder Schweineherden zu liegen. Dabei geht es noch sivet Ungeziefer, Matten, Matsche, Fliegen und Käuse, die der arme Mensch trotz seiner großen Müdigkeit nicht einmal in den Schlaf kommen kann. Und schläft er auch ein, so schlafst er immer noch in großer Gefahr, denn wenn ein rosendes, unvernünftiges Stück Vieh sich in der Nacht von der Kette oder Seil losreißt und springt einem Menschen auf den Leib, so ist dieser doch sofort ein Krüppel oder eine Leiche. Aber das nennen die großen Herren noch eine Sozialdemokratie. Dieses ist wahre und nicht gelogen, dieses kann der Unternehmende für mehrere Fälle beobachten. Das Sonnabends werden sie bei der Arbeit angehalten bis in die Nacht. Nach dem Freitagnachmittag erhält erst der Pariser das Geh und nächster wird er doch traurig und brab verdiente Lohn in der Schnapskneipe ausbezahlt. Nachher müssen die Leute zwei, drei und vier Stunden laufen bis sie in ihre Heimath anlangen. Nachher wundern sich die großen Herren und die Herren Pastoren, daß die Arbeiter in keine Kirche mehr gehen und dann darauf sagen sie, die ganze Arbeiterschaft ist eine große Sozialdemokratie. Wer ist aber daran Schuld? Sind es die Arbeiter oder sind es die Arbeitgeber? Nein, die Arbeitgeber treiben den armen Arbeiter so weit, daß er nicht mehr in die Kirche gehen kann. Ist es dann zu wundern, daß der arme Arbeiter seine großen Sorgen mit Schnaps vertreibt und daß er sich bei dem fest, während seiner freien Mägen so schnell und leicht betrunkt? Der Mann kennt sein Fleisch, er näht sich nur von Kartoffeln und Mehl, sein Magen wird infolgedessen sehr geschwächt, die Kräfte kommen niemals zur vollen Entwicklung. Das Gehirn, das edelste Organ, wird sehr schnell in Mitleidenschaft gezogen und er kommt sehr leicht zur stillen Verlotterung und Verblümung. Aber ist das wunderbar? Es ist wünschenswert, wenn sich alle Herren Baumeister und Baumeisterin, dem edlen Beispiel des Herrn Baumeister Franz Dynalski folgen möchten, und die großen Herren brauchten sich nicht über die Sozialdemokratie zu ärgern. Der Herr Baumeister Dynalski lädt des Montags früh, um 6 Uhr nach seinen Wörtern die Arbeiter, welche auf den Obstern arbeiten, abfahren. Auf der Baulstelle wird täglich frisch geflochten, die Arbeiter haben ein besonderes Zimmer zum Schlafen und ein besonderes Zimmer zum Spiesen. Für gutes Gerät wird strengstens gesorgt, die Unfallverhütungsmaßnahmen sind an einer stützbaren Stelle ausgehangt und es steht auch saubere und wetterdichte Aborte vorhanden. Sonnabendmittag, um 12 Uhr ist der Kutschier wieder mit dem Wagen auf der Baulstelle, um die Arbeiter auf reichen Zeit nach Hause auf

bringen. Sonnabend abends um 6 Uhr kann schon jeder Arbeiter in seiner Wohnung anfangen. Dieser Herr ist kein Bobinbrüder, doch er möchte wollen, dass Arbeitern pro Stunde einen oder zwei Pfennig abzöpfen, nein, er zahlt den älteren Bobinbrüdern pro Stunde 20 & den jungen 18 Pfennig. Die größten Herren Baumeister und Unternehmer zahlen aber nur 27 & und 28 Pf. pro Stunde, denn wenn sie sollten mehr zahlen, so könnten sie doch nicht die Hälfte an einem Bau verdienen. In diesem Falle könnten die großen Herren Baumeister und Unternehmer sich eher ein großes vierstöckiges Haus aufbauen, als wir Gesellen uns eine Hölle laufen können."

Soweit das Schreien. Wie hämmerisch folget mifzen doch die Bühnend sein, unter welchen die Arbeiter in jener Gegend zu leben gezwungen sind, daß es als eine Wohlfahrt doch ihnen empfinden wird, wenn sie einmal menschlich, wie bei den Baumeister Dynastie, behandelt werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben hier noch ein gutes Stück Arbeit zu verrichten, bevor den Arbeitern menschliche Bühnend erklämt sind. Wenn nur die Arbeiter selbst immer wollten, daß wäre dieses schon in absehbarer Zeit möglich. Aber bei diesem elenden Leben, das ja in Wirklichkeit gar kein Leben mehr ist, geht ihnen ja Denken und energisches Wollen ganzlich verloren, und darum muß ihnen von außen Hülfe kommen.

Die Bahnhofstelle Breslau hielt am 26. August ihre regelmäßige Mitgliederversammlung, die sehr feierlich besucht war; nur 30 Kollegen waren erschienen. Es wird hiermit den Mitgliedern dringend an's Herz gelegt, die Veranstaltungen möglichst vollständig und pünktlich zu besuchen. Die Breslau und Umgegend muss noch sehr viel für die Organisation getan werden; dies lässt sich aber nicht kann, wenn die Mehrzahl der Kollegen fahrt um nichts kommt. Also fort mit der Faulheit! Wir wollen doch auch unsern Zweck herstellen, und dazu bedarf es der Mitarbeit aller Kollegen.

Die Zahlstelle Brandenburg hält am 21. August ihre regelmäßige Mitgliederversammlung bei Herrn Josef ab. Die Versammlung war sehr gut besucht. Die Lohnkommission hatte einen Afordbar ausgearbeitet und wurde befiehlt von der Versammlung wie folgt angenommen. Tausend Steine zu vermauern. M. 2½ baselste mit Auten- und Fügen. M. 14,50. Bauplatz: Quadratmeter 40 \varnothing , Deckenputz: 50 \varnothing , Mauputz 20 \varnothing , Fügen 10 \varnothing . Benennungsbuchstaben mit Pfosten: Quadratmeter 1,40. Für Fassadenputz und Füßenleger sind keine Preise angefertigt worden, sondern sollen in jedem eingeschlagenen Falle geregelt werden. Jeden wird den Mitgliedern an's Herz gelegt, wenn es irgend möglich ist, nicht im Aford zu arbeiten. Die Unternehmer werden und zu vorstehenden Preisen auch wohl keinen Aford anbieten. Werner wurde darauf hingewiesen, daß es Wicht eines jeden Mitgliedes ist, in jeder Versammlung pünktlich zu erscheinen. Nur dann wird es möglich sein, angeschickte dar uns bevorstehenden guten Bauperiode Beschlüsse zu fassen, durch die unsere Lage verbessert werden kann.

Die Zahlstelle Salzwedel hielt am 19. August eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Staupel gehabte in langerer, warm empfundener Ansprache unseres alten Vortäufers Wilh. Liebknecht. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren des Dahringeschiedenen. — Sodann wurde das Baudegirixsystem befprochen und ferner die Doyenverhältnisse. Beschluss wurde, vom nächsten Freitag ab 88 & Stundenlohn zu fordern; die Dohnlkommision wurde mit den nöthigen Vorarbeiten beauftragt. — Die Zahlstelle hat in diesem Jahre einen guten Fortschritt gemacht; die meisten Kollegen, die früher im Gewerk dem Verband gegenüberstanden, gedenken jetzt unserer Organisation an. Es ist zu hoffen, daß bald alle Kollegen zu uns kommen werden.

Am 21. August fand in **Schweidnitz** eine Mitgliederberatung statt. Der Vorsitz hatte, da die Verfammlung durch Sandbettel auf jedem Bau bekannt gemacht werden war, besser sein können. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt Kollege Hermann Baude aus Breslau das Wort. Derselbe schilderte die Bohnerhöchstzölle und konnte durch statistisches Material nachweisen, daß die Maurer **Schweidnitz** einen Stundenlohn von 80 & mit eßlichem Arbeitszeit haben. Es gebe ja in Schlesien noch Ortschäfte, wo der Lohn noch niedriger sei, aber überall dort, wo die Arbeiter ihre Lage erkannt und sich organisiert hätten, sei er höher. Auch sei die Behandlung eine weitere und ebenso die Baubuden, das Rüstzeug u. dgl. Dies Alles hätten die Arbeiter theils durch Streit, theils durch glückliche Vereinbarung erreungen, weil die Unternehmer mit den organisierten Maurern rechnen mußte. Redner erfuhr die hiesigen Maurer, fest zusammen zu stehen, bei neu gegründete Organisation doch zu halten und durch mündliche Agitation dafür zu sorgen, daß neue Mitglieder gewonnen werden. In der Diskussion sprachen einige Kollegen im Sinne des Referenten. Hierauf ließ sich ein Kollege in den Verband aufnehmen, vorher angemeldet zu nehmen ihre Bilder in Empfang. Unter „Vertheidigung“ brachten einige Kollegen die gleiche Behandlungswelle, welche sie von Seiten eines Bauführers zu erdulden haben, zur Sprache. Die Baubuden und Aborte auf den Bauten sind in miserablen Zustande, wenn leichtere von der Behörde einmal untersucht würden, genügten selbst in städtischer Beziehung in seinem Falle. Über um derartige Missstände bestimmter ist die Behörde nicht. Nach einer kurzen ausgetauschten Worte auf dem Verband wurde die gut verlaufene Verfammlung geschlossen.

Am Sonntag, den 19. August, hielt die Zahlstelle Stolz ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche leider nur schwach besucht wurde. Im ersten Punkt der Tagesordnung, hielt der hier weilende und in Arbeit stehende Kollege Bilmser einen Vortrag über: „Zweck und Richten der Organisation“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Bevollmächtigte, Kollege Bolzman, nahm sodann Beratung, das Verhalten derjenigen Kollegen zu rügeln, die sich von dem Streit dem Verbände ausgeschlossen haben, nach Beendigung derselben sich aber in einer Versammlung sehen lassen und auch ihren sonstigen Verpflichtungen nicht genügen. Dasselbe sei mit den hier zur Zeit arbeitenden Danziger Kollegen der Fall. Die Hauptstelle sei, dem Verbände und seinen Versammlungen nicht fern zu bleiben. Kollege Neithammel erinnerte heraus an den herben Verlust, den die deutsche Arbeiterschaft, ja die Arbeiterschaft der ganzen Welt durch den Tod Liebknechts erlitten hat. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen. Weiter führte Kollege Neithammel aus, dass sich die Danziger Kollegen bei dem Stiftungsfest der Zahlstelle des Soldarbeiterverbands in äußerster roher, ja blinder Weise betragen hätten, indem sie sich gegenjeglich mit Messern bearbeiteten. Es sei dies ein Verhalten, welches die tiefe Berachtung verdiente. Keines

waren die Messerhelden in der Versammlung nicht anwesend und konnte deshalb keine weitere Stellung zu ihnen genommen werden. Ein anderer Danziger Kollege, Nameus Kreßlin, hatte sich im Verbandslosal schwer vergangen, welches von den Vorliegenden sofort gerichtet wurde. Kreßlin erbot sich, als Sühne für sein Vergehen Al. 10 an die Streitfazie zu zahlen. Kollege Billmeyer beantragte, ihn in Abtisch auf sein hohes Alter von 51 Jahren und seinen langjährigen Thätigkeit für die Männerbewegung als Ehrenmitglied aufzunehmen. In Berlin und Hamburg sei ihm gefragt worden, er solle diesen Antrag in den ersten Wahlstelle, wo er Arbeit erhalte, stellen. Den Antrage wurde stattgegeben, nadoben eine Prüfung der Verbandspapiere des Kollegen Billmeyer ergeben hatte, durch dieselben in Ordnung waren. Mit dem Hinweis, die jüngeren Kollegien möchten nun auch das neue Ehrenmitglied bei der Arbeit unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bahlstelle-Storchen hielt am 19. August ihre Versammlung im Logen- und Hotel des Herrn Hüng ab. Der Vorsitz ließ die Wünsche überbringen. Alle Kollegen sollten sich zu Herzen nehmen, daß sie als Mitglieder einer Organisation auch die Pflicht haben, die Versammlungen zu besuchen. Einige Mitglieder sind lebhaft und noch mit ihren Beiträgen recht weit in die Diskussionen eingetaucht. Hoffentlich bringen diese Seiten dazu bei, daß alle Kollegen ihrer Pflicht nachkommen.

Am Sonntag, den 26. August, fand im Lokale „Zur Post“ in Trebur eine öffentliche Versammlung der Männer von Trebur und Alsbheim statt. Kollege Erwahl eröffnete die Versammlung und die Kollegen Krieg von Eberstadt und Wilsard von Darmstadt hatten Dekrete übernommen. Kollege Krieg sprach über: „Nutzen und Bedeutung der Organisation“. Kollege Wilsard ermahnte die Kollegen an, die frageüblicher der Statistik vom Monat August. Kollege Mundtshausen ermahnte die Kollegen zur Einigkeit auf den Punkten, wie in den Befehlsetzen. Die Versammlung war gut besucht.

Am Samstag, den 18. August, tagte in Witten, eine öffentliche Mauererziehung, welche, trotzdem die örtliche Verwaltung keine Mäßigung gezeigt hatte, doch nur schwach belohnt war, ja, selbst die größte Mehrzahl der Mitglieder glänzte durch Abweisung. Und doch war es ein sehr wichtiges Thema, worüber Kollege Tönnekes-Hannover statt des Kollegen Silberstädt-Berlin, der verhindert war, referierte. In einem 1½ stündigen Vortrage legte der Redner Zwei und Drei des Mauererkreises in Dortmund und Unna gegen klar. Er wies darauf hin, daß die drei Städte Dortmund, Essen und Duisburg geradezu bahnbrechend für die 10 stündige Arbeitszeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wirkten. Mit seiner schönen Rede erntete Kollege Tönnekes zum Schluß seiner Ausführungen starker Beifall. Nachdem Kollege Steinbeis zum Enttith und festen Zusammensetzen in dem Verband aufgerufen hatte, erfolgte Schluß der Versammlung. Es ließen sich wiederum in dieser Sessionsperiode zwei neue Mitglieder in den Kreis aufnehmen.

in dieser Versammlung acht neue Mitglieder aufnehmen, so daß unsre Mitgliederzahl in ständigem Wachsthum begriffen ist. Aber mit dem Versammlungsbesuch wird es immer schlechter. Kollegen, schüttet doch einmal die Gleichgültigkeit ab und zeigt, daß Ihr auch wertvolle Mitglieder seid. Der Versammlungsbesuch muß Euch zur Gewohnheit werden.

am Sonntag, den 26. August, hier die jährliche Versammlung unserer außerordentlichen Mitgliederversammlung ab, welche einigermaßen gut besucht war. Nachdem ich hierausgezählt hat, daß verschiedene Mitglieder mit ihren Beiträgen arg im Rückstande sind, beschloß die Versammlung, eine Kommission zu wählen, um die Bücher zu revidieren. Wer längere Zeit seine Pflicht nicht erfüllt hat, soll gestrafen werden, wenn er nicht in luxurier Zeit nachgibt. Eine etwas heftige Debatte entpuppte sich wegen einiger unserer Kollegen, die bei einem hiesigen Unternehmen in Delhiisch arbeiten und dort ihre Pflichten als Verkaufsstellenleiter etwas sehr verbrauchslässig haben. Die Nebenkrisse werden hoffentlich in Zukunft nicht mehr vorkommen. Zur Mittheilung gelangte noch, daß beim Unternehmen Feijer der Gefeiste Stermont, Buchstaben und Pugnaten mitbringen soll; dieses ist den Abmachungen zuwiderr und wird hiermit ein jeder Kollege erzählt, daß das nicht bieten zu lassen. Besetzt sollen wir Kassen und Eimer auch noch mitbringen. Ernannt Euch, Kollegen! Erreetet ein für unsre gemeinsamen Interessen, für die Organisation und besucht besser die Versammlungen.

Die Zahlreiche Bielitzgruppe hielt am 19. August ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die, wie gewöhnlich, nur mäßig besucht war. Der Befreiungstag gedachte des verstorbenen Kampfgefährten der internationalen Arbeiterbewegung - Wilhelm Liebknecht - und gab einen kurzen Rückblick auf das Leben und Wirken des uns so jäh Entzerrten. Die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

•Stuffatene

Bielefeld. Am 27. August hielt die hiesige Fittala ihre Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt des Tagesordnungsprogramms: „Die nächsten Aufgaben des Verbandes“, erhielt Kollege Oberthal-Wöhn das Wort. In einem zielso eisstümlichen Vortrag schilderte der Redner die Lage der Arbeiter und die des Verbandes und kam zu dem Schluss, daß, wenn die Kollegen ihre Lage verbessern wollten, sie dann dafür sorgen müßten, daß auch der letzte Suffseelker, falls er noch nicht organisiert wäre, herangezogen würde, um mit seinen Brüdern vereint zu kämpfen für eine bessere Lebenslage, denn nur durch das Zusammenwirken aller könne etwas erreicht werden. Doch schürte der Referent weiter aus, zu einem jeden Kampfe gehörte Munition, denn ohne das nötige Pulver könne kein Krieg geführt werden. Redner wies nach, daß, wenn der Verband in Zukunft etwas Oberthals leisten sollte und wollte, und hierzu gehörte vor Allem die Arbeitszimmersunterstützung, der Hauptlaste mehr Mittel zugesetzt werden müßten. Er erwähnte sodann die Anwesenden, sich rege an den Streikfondsaufstellungen zu beteiligen und wichtig für den Verband zu agitieren. Hiermit

schloß Mederer seinen bestätig aufgenommenen Vortrag. Im zweiten Punkte der Tagesordnung wurde über die Errichtung eines örtlichen Arbeitsnachwuchses mit dem Anfluß an Eisen verhandelt. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurden die Kollegen Karl Vogel, Ernst Kraußmann, August Maßmann dagegen befürwortet, das zur nächsten Versammlung ein Reglement auszuarbeiten. In "Verschiebung" wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß am 22. September unter Stiftungsfest hielten und daß hierzu der Kollege A. M. zu zählen habe. Der Vorsitzende schloß hierauf die Jahr auf beliebige Versammlung.

Leipzig. Eine von etwa 180 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung fand am Sonnabend, den 18. August, in Stadt

Hannover", Seelburgstraße. Es waren je ein Mitglied vom Hauptvorstand und Ausschuss eingeladen und erhielten, um gemeinschaftlich mit den hiesigen Kollegen über unseren Arbeitsnachweis zu beratzen. Es entspannte sich wegen des Passus, der aufzähligen Kollegen betreffend, eine längere Debatte, in welcher Vorsichtige gemacht wurden, denselben abzuschwärzen. In längerer Ausführung legte Kollege Odenthal klar, welchen Schaden der betreffende Punkt zeitigen könnte und rätselte in Bevormundung an, denselben in Wegefall kommen zu lassen. Eine diesbezügliche Resolution vom Ausschuss wurde sodann mit Mehrheit angenommen. Somit wäre das „Stiftsbild“, welches zu fortwährenden Angriffen von Seiten auswärtiger Kollegen Anlaß gäbe, um unserm Arbeitsnachweis befehligt. Nach der Aussprache des Hauptvorstandes kann der Arbeitsnachweis nunmehr als müsterhaft bezeichnet werden.

Lüdenscheid. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung wurde über die Firma Walz & S. in Hagen die Sperrverhängung, weil sie einem Kollegen für 14-tägige Arbeit nur M. 21 Lohn gezahlt hat. Der Unternehmer wollte sich herausreden, es sei Alfred gewesen und der betreffende Stoffateur habe nicht mehr verdient; davon weiß aber der Rechte nichts, wenn er aber wüßte, wäre müßte man schon des Alters wegen, bei dem man in 14 Tagen M. 21 verdient, den Bauprämien. Alle Kollegen werden gebeten, die Firma zu meiden. — Dasselbe betrifft die Firma Wuchholz in Lüdenscheid, von der der Vorsteher der Filiale Lüdenscheid seinen verdienten Lohn nicht erhalten konnte.

Magdeburg. Am 1. September tagte im "Bürgerhaus", Stephansbrücke, die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale. Die Tagesordnung lautete: 1. Wahl eines ersten Vorstandes. 2. Gewerbeschäftliches. 3. Verabschiedung. Der bisherige Vorstande, Wöhr, nahm dann zum ersten Punkt das Wort und erklärte der Versammlung, warum er nicht mehr im Stande sei, den Posten weiter zu behalten. Die Mitglieder waren sowohl mit ihm einverstanden, und verlangten nur, daß er den neuen Vorstand unterstüze, was er auch versprach. Darnach wurde Kollege Frenzel einstimmig zum ersten Vorstanden und an dessen Stelle Kollege Peter als zweiter Vorstander gewählt. Die Kollegen Weß und Burgkard wurden als Kassenberichter gestellt. Im Punkt "Gewerbeschäftiges" wurde häufig darüber über das Ausführen von Bugarbeit gesprochen. Es kam dabei zu einer lebhaften Debatte wegen des Mittelstoffs von Manteur. Außerdem verlangte Kollege Verlach, es solle noch ein Mitglied zur Bauarbeiterfonds-Kommission gewählt werden; dazu wurde Kolleg Heitke bestimmt, welcher es auch annahm. Von der vorigen Versammlung kann noch erwähnt werden, daß der Kassenbericht von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde; die Versammlung ertheilte dem Kassirer Decharge.

Potsdam. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung tagte am 28. August bei Gläser, die sich mit dem Streit beschäftigte. Ein "Arbeitswilliger", Namens Donat, von der Firma Moldenhauer war anwesend, um sein und seiner Mitarbeiter Verhalten damit zu entschuldigen, daß Moldenhauer sie während der streiten Zeit beschäftigt habe. Herr Donat lehnte es auch ab, sich jetzt mit den Streitenden solidarisch zu erklären. Genoss Brinckert, Bertrautensmann der Maurer, wünscht Ausklärung über einen Bericht in der "Brandenburger Zeit", wonach Maurer Stützleiterarbeiten verrichtet habe. Ihm wird geantwortet, daß aus dem Bau "Stadt Königsberg" mehrere von der Firma Luce gelieferte Konsole mit Hilfe der qualifizierten Maurer angelegt worden seien. Brinckerts Bericht sprach fälschliche Unterjuchungen. Seitens der Lohnkommission wurde berichtet, daß bald nothwendige Arbeiten vorliegen, wobei an 60 Mann beschäftigt werden müsten. Darum sei der Streik unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Es ist dies um so leichter möglich, als alle streitenden Kollegen in Berlin in Arbeit stehen. Wenn es möglich ist, den Zugzug von Potsdam fern zu halten — alle Kollegen werden eindringlich darum gebeten — dann müssen die Forderungen in kurzer Zeit befriedigt werden.

Staatenkasse

Charlottenburg. Die hiesige Filiale der Centralbankenfasse der Maurer, „G. & C.“, hielt am Mittwoch, den 29. August, eine regelmäßige Mitgliederversammlung, bei Leber ab. Der Kassirer berief die Abrechnung vom zweiten Quartal: Baaren Verstand des vorigen Quartals M. 1227,99, Enttitelgelder M. 55, Beiträge der 1. Klasse M. 2367, Beiträge der 2. Klasse M. 978, Rentenzahlung M. 21,20, vom Arbeiterverbund zurück M. 10,75, Ertragssteuer M. 1,20, Mitgliedsbücher M. 7,20, Strafgelder M. 40, Summa der Einnahmen M. 4684,24. Ausgaben: Für ärztliche Behandlung M. 355,65, Arznei und sonstige Heilmittel M. 302,45, Krankenfond der 1. Klasse M. 1826, Krankenfond der 2. Klasse M. 344, Drogsche M. 1, ärztliche Untersuchung M. 1, an Angehörige M. 2,50, Sterbegelder der 2. Klasse M. 100, Verpflegungslooten an Krankenanstalten M. 78, Gulhaben 20 As, an die Hauptstraße abgezahnt M. 1200, Verwaltungskosten: a) persönliche M. 190,80, b) sachliche M. 34,66. Summa der Ausgaben M. 3984,44. Bleibt Verstand am Schlüsse des 2. Quartals M. 749,80. Da die Mehrjähren die Richtigkeit der Abrechnung becheinigten, so wurde dem Kassirer Degarze erheilt. Hierauf folgte Berichtigserstattung von der 12. Generalversammlung. Die Bevölkerungsfürte unter Anderem aus, daß die von Charlottenburg gestellten Anträge folgendermaßen angenommen sind: Für künstliche Bähne werden bis M. 24 bewilligt, ebenso für ein Auge bis M. 12. Ebenfalls wird Milch und Mineralwasser von der Kasse geliefert. An Stelle des Kassirers Bernhard, der sein Amt niedergelegt hatte, wurde der Kollege Gnath als Schriftführer. Beantragt wurde, im Westen der Stadt eine Güterschäfzstall zu errichten was jedoch nicht angenommen wurde.

Hamburg. Am 11. August fand im Bokale des Herrn Befuostedt, Spitälervorsteher, die Mitgliedsverfammlung der Freien und Sterbfaßle „Gründkun“ für Einigelt“ für das 2. Quartal statt. Die Abrechnung für das 2. Quartal ergab eine Einnahme von M. 6675,90, der eine Ausgabe von M. 6509,76 gegenübersteht; es bleibt somit ein Kassenbestand von M. 166,14. Sodann erhielten der Delegirte B. G. W. L. P. Bericht von der Generalverfammlung. Redner gab zunächst ein klares Bild über den Geschäftsbetrieb des Hauptvorstandes. Eine auffallende Er- scheinung seien die vielen Gründkünse, wobon zwar einige zu Gunsten der Krafft ausfielen, aber immerhin zu denken geben. Sogen. über ungewöhnliche Vermögensumstände einzelner Boblins

stellen erledigt der Hauptvorstand nach eingehender Untersuchung dadurch, daß einer derselben abgesetzt wurde (Süskow). Eine Revision der Zahlstelle Berlin, welche fortwährend große Über- schüsse brachte, ergab, daß alles in Ordnung war. Über- kündigung und Delegierung der Kaschierer gab Nedner bestimmt, daß der Hauptvorstand M. 150 000 auf der Sparkasse gefindiglich und anderweitig belegt habe; wo und wie dieselben belegt seien, darüber könne er leider keine genaue Auskunft ertheilen, indem der Hauptvorstand sich nicht veranlaßt sah, darüber genaue Auskunft zu geben; nur so viel habe er, Nedner, durch Fragen heraus, bekommen können, daß das Kapital sicher und gut belegt sei. Betracht des Reservesfonds sei der Hauptvorstand der Meinung, daß es gut wäre, denselben auf eine halbe Million zu bringen. Nachdem Nedner über die Thätigkeit des Ausschusses ausführlich berichtet hatte, berichtete er über die Ver- handlung der vorgelegten Anträge. Zunächst wurde ein Antrag, Wiederaufnahme der Steinhauser, abgelehnt. Dasselbe Schriftstück erlitt einen Antrag, die Altersgrenze auf 50 Jahre zu setzen. Ein Antrag Frankfurt a. M., die monatliche Beitragsszahlung wieder einzuführen, wurde, nachdem der Hamburger Delegierte hingewiesen, daß dadurch die Kasse einen Ausfall von M. 88 000 erleidet würde, was die Frankfurter Mitglieder jedenfalls nicht in Betracht gezogen hätten, ebenfalls abgelehnt. Die zweiten einzigen Anträge von Hamburg, Befreiung der Extrasteuern und Gewährung des Krankengeldes vom Tage der Erkrankung an, wurden gegen die Stimmen der Hamburger Delegierten ab- gelehnt. Ein Antrag auf Erhöhung der Verwaltungspauschale erlitt dasselbe Schicksal. Bei der Verathung über künstliche Gebisse wurde dann endlich ein Antrag, einen Pausch. bis zu M. 30 zu gewähren (statt bisher M. 12), angenommen. Die Gründe, welche der Hauptvorstand gegen die oben angeführten Anträge hatte, seien hauptsächlich die, die Kasse vor einer Belastung so lange zu schützen, bis die neue Krankenfassensnobelsteuer im Reichstage erledigt sei. Damit sei die Verathung des Statutums zu Ende gewesen. Bei der Verathung eines Antrages, die Gehäler der Beamten des Hauptvorstandes zu erhöhen, sei man nicht so ähnlich über zu große Verlastung der Kasse gewesen, und wurde eine Erhöhung von M. 20 pro Monat angenommen. Ein Antrag Mülligenburg (Vorsteher vom Ausschuß), dem Hauptklasser auch noch Wahlvotable zu gewähren, wurde, nachdem der Hauptklasser dies daran vergleichete, zurückgezogen. Dagegen wurde ein Antrag, dem Hauptvorstande 14 Tage Ferien jährlich zu bewilligen, angenommen. Nedner berichtete noch über eine Befreitung der schlechten Lang des Hamburger Klassers A. Fedderse, was Mülligenburg veranlaßt hätte, eine schwache Kritik daran zu üben, daß es immer noch eine Anzahl Hamburger Mitglieder gebe, welche sich weigerten, die 6 & 8 Wochenlohn zu zahlen; denen es seien die 6 & 8 doch eine Hauptentnahme für den Klasser. Nachdem die Wahl des Hauptvorstandes, ebenso die Wahl des Ausschusses, welche die Wiederwahl der ausscheidenden Personen ergaben, vollzogen waren, wurde die Generalversammlung geschlossen. Damit hielt der Delegirte seinen recht fachlich gehaltenen Bericht beendet. In der Diskussion nahm zunächst Th. Garwig das Wort und führte aus, daß es zwar keinen Zweck hätte, über die Ver- handlungen der Generalversammlung zu diskutiren, denn es sei ja an den Delegirten nichts mehr zu ändern, aber das Klaf- fallen sei für ihn und jedenfalls auch für die Delegirten, welche dem Bericht des Delegirten gefolgt seien, daß die Generalver- sammlung in ihrer überwältigenden Mehrheit mit dem Hauptvorstande durch Dick und Dünn gegangen sei. Die Hamburger Delegirten seien die hauptsächlichsten Opponenten gewesen. Nedner ist der Meinung, daß man sich mit dieser Erziehung in einer extra einzuberuhenden Mitgliederversammlung beschaffen müsse. Garwigs ist derselbe Anfang und schließt hauptsächlich die Angewöhnlichkeit des Hauptvorstandes über die Ver- legung der Gelber; auch berührte er die Gehaltsfrage und sprach zum Schlusß der Zufriedenheit über die Thätigkeit unseres Delegirten V. Schulte aus. Im Punkt „Verloßenes“ beschwerte sich Garwig über die Nachlässigkeit bei Unfällen und betonte, daß es sehr nothwendig sei, ihn sofort zu benachrichtigen, wenn ein Unfall eintrete. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung.

Digitized by srujanika@gmail.com

Die Nr. 18 bes. „L'Operaio Italiano“, welche mit Nr. 86 des „Grundstein“ zum Verband kommt, hat folgenden Inhalt: Ist es möglich, durch eigene Arbeit reich zu werden. Ohne Titel. (Gespräch zwischen zwei Arbeitern.) — Die Arbeiter der Großindustrie. — Was lehrt uns die Geschichte der Verteilung der Arbeitszeit. — Das Wutrennen der Kapitalisten. Urteil eines englischen Richters über Streikbrecher. — Die Italiener und der Streit in Bozen. — Die Soldaten als Frei-arbeiter. — Die diesjährigen Errungenhöchsten der Maurer. — Unterhaltungsweisen in Italien. — Die armen Mädchen (Stationären Fabrikarbeiterinnen in Deutschland). — Lohn- und Streikbewegung. — Unglücksfälle auf Bauten. — Berücksichtigung von Ehe und Auslande.

Bon der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dies' Verlag) ist soeben das 48. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte haben wir herover: Der Sozialismus in Belgien. Von Julian Vorcharz. — Eine deutsche Kolonialarmee. Von Ernst Däumig (Schluß). — Bürgerliche Arbeiterschaftsgesellschaft und die Sozialdemokratie. Von M. Luxemburg. — Genossenschaften und die Freie Volksbühne. Von K. Schmidt. — Aus der deutschen Genossenschaftsbewegung. Von Hermann Fleischmann (Dresden). — Eine wichtige Erziehungfrage. Von Edmund Eichlein. — Urfestleton: Das schwedische Bündnis; von Anton Tschösser. Einzig autoristische Ueberlegung von Walentin.

Im Verlage von J. G. W. Dieß Maß. ist soeben erschienen: **Erster Antrag zum Arbeiterrrecht**, von A. Stadhagen, enthaltend: Das neue Unfallversicherungsgesetz (Gewerbe-, Bau-, See- und Haftpflichtversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft) in ausführlicher Darstellung. Die Novelle zur Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900. Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900. 110 Seiten. Preis gut gefügt 75.- Durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zu beziehen.

Abrechnung

über den Maurerstreit in Königs-Wusterhausen.

Einnahme.

Aus dem Zentralstreitfonds	M. 250,-
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen	M. 90,50
	Summa... M. 340,50
Ausgabe.	
Für Unterstüzung der Streitenden	M. 277,-
" Reiseunterstützung an streitende Kollegen, die den Ort verlassen haben	" 28,10
" Fernhaltung des Zuganges	" 8,85
" Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien	" 10,10
" Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien	" 6,10
	Summa... M. 380,15
Bilanz.	
Einnahme	M. 340,50
Ausgabe	" 380,15
	Bilanz... M. 10,85

Königs-Wusterhausen, den 18. Juni 1900.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Streitkommission:

August Hermann, Wilhelm Schulze, Robert Knitt.

Abrechnung

über den Maurerstreit in Halberstadt.

Einnahme.

Aus dem Zentralstreitfonds	M. 600,-
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen	" 88,50
Sonstige Einnahmen	" 8,-
	Summa... M. 688,50

Ausgabe.

Für Unterstüzung der Streitenden	M. 508,-
" Reiseunterstützung an streitende Kollegen, die den Ort verlassen haben	" 187,10
" Fernhaltung zugezogener Kollegen	" 4,85
" Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien	" 15,45
" sonstige Ausgaben	" 18,95
Der Totalfasse überwiesen	" 12,15
	Summa... M. 686,50

Bilanz.

Einnahme	M. 688,50
Ausgabe	" 686,50
	Bilanz... M. —

Halberstadt, den 12. Juni 1900.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Die Revisoren:

Wilhelm Frey, Heinrich Kempfert, F. Koch.

Für die Streitkommission:

August Schröder, Herm. Fischer, Herm. Ehlebe.

Abrechnung

über den Maurerstreit in Neustadt a. d. S.

Einnahme.

Aus dem Zentralstreitfonds	M. 129,55
Aus der Totalfasse der am Orte befindlichen Verbandszählschule	" 8,95
	Summa... M. 138,50

Ausgabe.

Für Unterstüzung der Streitenden	M. 78,28
" Fernhaltung des Zuganges	" 41,50
" Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien	" 18,77
	Summa... M. 138,50

Bilanz.

Einnahme	M. 138,50
Ausgabe	" 138,50
	Bilanz... M. —

Neustadt a. d. S., 10. Juni 1900.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Die Revisoren:

Carl Winter, Nicolaus Frank, Carl Weisenstein.

Für die Streitkommission:

Jacob Ernst, Georg Juki, Jacob Volz II.

Abrechnung

über die Baupinne Messingwerk Geegermühle.

Einnahme.

Aus der Totalfasse der am Orte befindlichen Verbandszählschule	M. 100,65
	Summa... M. 100,65

Ausgabe.

Für Unterstüzung der Streitenden	M. 88,—
" Fernhaltung des Zuganges	" 10,—
" sonstige Ausgaben	" 2,65
	Summa... M. 100,65

Bilanz.

Einnahme	M. 100,65
Ausgabe	" 100,65
	Bilanz... M. —

Geegermühle, 28. Juni 1900.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Die Revisoren:

Otto Vorz, August Müller, Paul Zellmann.

Für die Streitkommission: Gustav Michaelis.

Abrechnung

über die

Sperrre in Halle a. d. S., vom 2. bis 26. Mai.

Einnahme.

Aus dem am Orte vorhandenen Unterstützungsfonds	M. 1815,75
	Summa... M. 1815,75

Ausgabe.

Für Unterstüzung der Streitenden	M. 1807,85
" Forschung zugezogener Kollegen	" 4,40
" Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien	" 50
" sonstige Ausgaben (Siegung)	" 2,50
	Summa... M. 1815,75

Bilanz.

Einnahme	M. 1815,75
Ausgabe	" 1815,75

Halle a. d. S., den 18. Juni 1900.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Die Revisoren:

Otto Thiele, Hermann Wulfscher.

Für die Streitkommission: Albert Däne.

6. Organisation der seefähmischen Berufe.

7. Der Kampf um das allgemeine Stimmberecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk.

8. Der Sozialismus in den Gemeinden.

9. Die Erobierung der staatlichen Macht und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien.

10. Der erste Mai.

11. Die Trotsk.

An den bisher stattgefundenen Kongressen hat sich unsere Organisation nicht beteiligt. Dieses geschah hauptsächlich deshalb, weil man sich von der Theilnahme einen praktischen Nutzen nicht versprach und um die mit der Delegation verbundenen Kosten zu sparen. Heute sind diese Gründe für die Nichtbeteiligung hinfällig geworden. Heute drängen die Verhältnisse förmlich zu einer engeren Führung mit den Organisationen anderer Länder. Es sei nur erinnert an das Bestreben der Unternehmer, bei Streiks die Ausländer durch ausländische Maurer zu ersetzen.

Diese Thatsachen und der Umstand, daß heute keinerlei Verantwaltung mehr vorliegt, bei solchen Kundgebungen abseits zu stehen, haben uns zu dem Besluß geführt, auch unsere Organisation durch einen Delegierten auf dem Kongress vertreten zu lassen. Eine Konferenz von Vertretern der Agitationskommission hat dem ebenfalls zugestimmt.

Zum Delegierten haben wir gewählt den Verbandsvorsitzenden, Kollegen Th. Bömelburg. Von einer allgemeinen Wahl haben wir der Umständlichkeit wegen Abstand genommen.

Wir unterstellen den Mitgliedern Vorstehendes zur Kenntnisnahme und in der Hoffnung, im Sinne der Allgemeinheit gehandelt zu haben.

Mit kollegalem Gruss.

Der Vorsitz und Ausschuss.

G. A.: Th. Bömelburg, Aug. Dähne.

Agitation.

Allgemeine Agitationstouren werden in diesem Herbst in der Weise wie in früheren Jahren nicht veranstaltet, es sei denn, daß solche von einzelnen Agitationskommissionen für ihren Zweck verlangt werden.

Wenn die Kollegen in den einzelnen Orten Referenten wünschen, dann haben sie sich an die Agitationskommission ihres Bezirks zu wenden. Diese Kommissionen sind erlaubt, allen diesbezüglichen militärischen Rechnung zu tragen.

Die Kommissionen selbst sollen sich aber keineswegs darauf beschränken, nur dann Referenten zu senden, wenn solche verlangt werden. Sie sollen vielmehr die Agitation im ganzen Bezirk selbstständig und überall dort betreiben, wo es nöthig wird. Wenn dazu die vorhandenen Kräfte zur Agitation nicht ausreichen, dann können Hilfskräfte aus anderen Bezirken herangezogen werden. Gleichzeitig ist, dann muß es allerdings so eingerichtet werden, daß in mehreren Orten an aufeinanderfolgenden Tagen Versammlungen stattfinden.

Statistik über Arbeitslosigkeit.

Die den Mitgliedern übermittelten Karten zur Feststellung der Arbeitslosigkeit sind bis 16. September einzuziehen.

Bei der Einziehung ist in jedem einzelnen Fälle zu prüfen, ob die Eintragungen richtig gemacht sind; etwa vorhandene Lücken müssen in Gegenwart des betreffenden Mitgliedes ausgefüllt werden.

Ist die Einsammlung beendet, dann sind alle eingegangenen Karten noch einmal einer genauen Durchsicht zu unterziehen. Stellt sich dabei heraus, daß eine oder mehrere Karten nicht richtig oder nicht vollständig ausgefüllt sind, dann hat sich die Kommission oder Zählschuldenverwaltung noch einmal mit dem in Frage kommenden Mitgliede in Verbindung zu setzen, um die noch vorhandenen Lücken auszufüllen resp. die Fehler zu korrigieren.

Sobald alle die vorstehend genannten Arbeiten ausgeführt sind, dann ist der für diesen Zweck bestimmte Fragebogen auszufüllen, zu unterzeichnen und zusammen mit den eingegangenen Karten spätestens bis zum 1. Oktober an den Verbandsvorstand einzusenden.

Ausgenommen von der Aufwendung an den Verbandsvorstand sind die Zählschulen der Provinz Brandenburg. Diese haben die Karten und den Fragebogen an die Agitationskommission in Berlin, Adresse: Carl Panzer, Berlin SO, Engelstr. 15, Zimmer 29, einzusenden.

Die Statistik

über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist von mehreren Zählschulen noch nicht eingezahlt. Wir erwarten jetzt sofortige Einsendung.

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Zählschulen Hadersleben, Griesheim a. M., Oberhausen, Helmbrück, Altenbrück, Düsseldorf, Osnabrück.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 15a resp. d. des Statuts von der Zählschule Hennberg: Fr. Bünke (Buch-Nr. 083 767); Gähnich: Mar-

Rauchbach (Buch-Nr. 080 843); Berlin II: Aug. Dobelle (Buch-Nr. 99 929), Paul Briesemester (Buch-Nr. 02 872), Karl Schwarz (Buch-Nr. 99 043), August Ludwig (Buch-Nr. 75 170), Carl Höpfner (Buch-Nr. 105 761), Ernst Dreslow (Buch-Nr. 91 289), Georg Vorherr (Buch-Nr. 048 280), Paul Hille (Buch-Nr. 78 050), Fr. Lenz (Buch-Nr. 99 718), Julius Unterlauf (Buch-Nr. 201 246), Emil Nosenow (Buch-Nr. 04 052), Franz Weiß (Buch-Nr. 12 238), Wilhelm Möller (Buch-Nr. 44 588), Gustav Polenski (Buch-Nr. 14 228), Adolf Pieper (Buch-Nr. 49 881); Engel: Heinrich Hobbe (Buch-Nr. 026 672); Kuhnsdorf: Franz Künzel (Buch-Nr. 179 660), Joseph Liebow (Buch-Nr. 179 642); Pinnberg: H. Gabelsberg (Buch-Nr. 04 416); Schleswig: F. Lint (Buch-Nr. 029 897), Job Thörer (Buch-Nr. 018 486); H. Düsterwald (Buch-Nr. 029 400); W. Lukasen (Buch-Nr. 11 028 457), M. Real (Buch-Nr. 10 170), F. Höhne (Buch-Nr. 11 029 381), F. Freitag (Buch-Nr. 018 484), M. Heidebrecht (Buch-Nr. 10 167), H. Matthesen (Buch-Nr. 10 079), A. Mansfeld (Buch-Nr. 029 880), A. Glaser (Buch-Nr. 010 485), Fr. Claus (Buch-Nr. 9), A. Nähr (Buch-Nr. 0 287); Bremen: Job Schriener (Buch-Nr. 0); vom Vorstande: Job Großmann (Buch-Nr. 155 928), Herm. Barthol (Buch-Nr. 118 385), ohne Angabe der Buch-Nummer Parochial als Orgau.

Die wegen rückständiger Beiträge gestrichenen Mitglieder werden unter dieser Rubrik nicht veröffentlicht.

Als verloren gemeldet

find die Mitgliedsbücher der Kollegen: August Weiß (Buch-Nr. 059 567), Otto Thürfelder (Buch-Nr. 017 658), Job. Weißbäcker (Buch-Nr. 87 131), Georg Faustlich (Buch-Nr. 87 140), G. Philipp Heinkel II (078 020), Rudi Bietmann (Buch-Nr. 68 841), Helmuth Koch (Buch-Nr. 98 491). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Anzeigen

(Anzeigen-Anzeige bis Dienstag Morgen 8 Uhr.)

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandskollegen, somit wie innerhalb einer Woche nach dem Sterbedeckel Mitteilung erhalten. Die Zeile kostet 15 Pf.

Berlin II. Am 10. August verstarb unser Verbandskollege **Wilhelm Vorholz** im Alter von 56 Jahren. Trauung: Am Dienstag, den 21. August, verstarb unser treuer Verbandskollege **Karl Krämer** in dem Alter von 58 Jahren. Rüdersdorf b. Berlin, **Joseph Raddebeck**, 27 Jahre alt, an der Prostataerkrankheit. Im Alter von 54 Jahren 8 Monaten verstarb **Johann Ruprecht**. Der Verstorben war Mitglied der Kapellakonskommision; ein ruhiger, aber starker Charakter und in jeder Beziehung bravourös zur Ausführung uns bestreiter Kollegen. Oberstdorf b. Sonnenberg (Thüring.). Am Freitag, 24. August, starb unser treuer Verbandskollege **Friedrich Welsch** im Alter von 88 Jahren an einer Gehirnverwundung. Teuchern, Am Mittwoch, den 19. August, verstarb unter freuer Verbandskollege **Franz Röder** aus Schortau nach einer langen Krankheit von 27 Wochen im Alter von 41 Jahren.

Gute Erinnerung

Bielefeld.

Für die Ortschaften Neubertum u. Güting fungiert als Hülfekassier und Verbreiter des "Grundstein" der Kollege **H. Vahlund**, in Bielefeld, Oberwittigst. ab. Die örtl. Verwaltung.

Cöpenick.

Meine Wohnung befindet sich ab 1. Oktober Müggelheimerstr. 29, (A. 1,80) Joh. Erdmann, Bewohner, d. Zahlstelle Cöpenick.

Pasewalk.

Meine Wohnung ist jetzt Handmannstrasse 8, part. (A. 1,50) H. Kramer, 1. Bewohnerin.

Zittau.

Unser Verkehrslokal ist: "Bürgergarten", Kosiplatz.

Otto Hanbold, Leipzig.

Kollegen, denen der Aufenthaltsraum der Maurers Otto Hanbold aus Leipzig (Buch-Nr. 118 618) bekannt ist, werden gebeten, die Adresse an den Unterschreitern gelangen zu lassen.

Gust. Jacob, Bewohnerin, (A. 2,40), Leipzig, Fr. Fleischergasse 14, 1. Et.

Elbing.

Am 8. September feiert unsere Zahlstelle ihr diesjähriges (A. 1,80)

Stiftungsfest.

Aufforderung.
Der Maurer Fr. Schriener (Buch-Nr. 09 887) wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Bremen nachzukommen.

Warnung.

Die Zahlstelle Mühlau warnt vor dem Maurer Michael Monting aus Erfurt. Derselbe hat dort eine Unterstützung erhalten, auch ist für ihn das Logalgeld bezahlt, ohne aber die ihm angebotene Arbeit anzunehmen.

Der frühere Kassier der Zahlstelle Calvörde, Heinrich Borzell (Buch-Nr. 115 889), w. unter Ultimatum des Verbandsgeb. von dort verschwunden. Derselbe soll sich in Berlin befinden und werden die Berliner Kollegen vor demselben gewarnt. Kollegen, welche die Adressen des genannten wissen, werden gebeten, dem Unterzeichneten Mitteilung zu machen.

Der Verbaudvorstand.

In der Zeit vom 27. August bis 8. September 1900 sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Welkenfeld M. 800, Quedlinburg 150, Neuhaldensleben 126, Schöningen 100, Spremberg 400, Wittenberge 200, Preuß. 1. Kl. 200, 2. Kl. 100, Eddesse 200, Bismarck 85, Hannover 400, Stolberg 100, Gr. Kreis 24, Bremervörde 100, Leipziger 100, Osterburg 80, 16, Goldberg 1. Kl. 100, 2. Kl. 86, Gehrden (Wangenteilen) 29, 80, Mülheim 2, 60, Altenbrusla 100, Bielefeld 81, 60, Stolzenfels 1. Kl. M. 99, 58, Söhlingsen 6, Ostroda 44, 10, Altona 43, Schleiden 600, Bromberg 447, 70, Delitzsch 200, Oranienburg 150, Erfurt 100, Stolp 1. Kl. 58, 08, Döhlen 41, Offenbach a. Main

durch Schöningen 10, für Böhl durch F. Böhl, Stettin, eingezahlt 78, 75, Münzen 224, 50, Neuen 100, Neudamm 184, 90, Porschen 189, 15. Summe M. 6146, 90.

Streifzugs.

Von den Maurern Berlins und Umgegend M. 20 000, Welkenfeld 200, Quedlinburg 40, Neuhaldensleben 68, Schöningen 40, Wittenberge 1. Kl. 109, 60, Mülheim 127, 80, Stolzenfels 28, Eddesse 80, Bismarck 85, Hannover 85, Stolberg 40, Gr. Kreis 8, Bremervörde 80, Osterburg 12, 80, Goldberg 1. Kl. 8, 04, Ultima 838, 76, Stettin, Bredow, Pommerensdorf 2946, 42, Hörburg 500, Bromberg 288, Oranienburg 60, Erfurt, Gevelsberg, Herdecke 200, Stolp 1. Kl. 1. Pommeren 68, 44, Wandsbek 100, Döhlen 2. Summe M. 25 851, 84.

Für statistische Tabellen.

Schwelmünde 87/0 M. 1,25, Erfurt 2,50. Summe M. 8,75.

Für „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“.

Gr. - Bölkersfelde M. 8,80, Herne 1. Kl. 10, Nachbad 1. Kl. 8,80, Böhm. 2. Summe M. 20,60.

Die Zahlstellen-Kassiere resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postabzüglich genau anzugeben, wofür das eingezahlte Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbaubabdrücke sowohl als Streifzugsbeiträge, sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgegeben muss.

Hamburg, den 8. September 1900.

J. Köster,
Hamburg-St. Georg, Bremerstr. 11, 1. Et.

Gardelegen u. Umg.

Die Zahlstelle feiert am Sonntag, den 16. September, ihr (A. 3,80)

Erstes Stiftungsfest

im Koch'schen Hofe, b. b. Salzwedeler Thor.

Musiktag 4 Uhr:

Konzert und Ball.

Die umliegenden Zahlstellen laden hierzu ganz ergebnis ein. Die Zahlstellenverwaltung.

Pinneberg.

Am Sonntag, 16. September, im Gasthof „Zur Elde“:

Sommervergnügen

bestehend in

Preisleggen und Ball.

Die umliegenden Zahlstellen werden hierzu freundlich eingeladen.

Nachmittag: Versammlung der Maurer und Zimmerer des Schwimmungsvereins Pinneberg.

(A. 4,20) Die örtliche Verwaltung.

Rietz-Nenendorf.

Sonntag, 16. September, Nachmittag 8 Uhr, im Saale des Herrn Krause:

2. Stiftungsfest.

Die Kollegen aus den umliegenden Zahlstellen sind hierzu freundlich eingeladen.

(A. 2,70) Die örtliche Verwaltung.

Schönebeck a. d. E.

Unsere Zahlstelle feiert am Sonnabend, 8. September, in der Reichshalle, ihr

4. Stiftungsfest,

bestehend in

Konzert, Theater und Ball.

Anfang: Abends 8 Uhr.

Alle Kollegen von Schönebeck und Umgegend sind hierzu freundlich eingeladen.

(A. 3,80) Das Comit.

J. Blume & Co., Hamburg.

Läßiger Ver-

kauf unserer

bekanntesten, rot

engl. - Jederen

u. Manchester

Arbeits-

-Artikel

u. Söhländer

Fäden.

Wunder und Preiswert

Eintritt.

SCHUTZ-MARKE

EINGETRAGEN

1888

RECHTSVORSTELLER

J. BLUME & CO.

HAMBURG

1888

RECHTSVORSTELLER

J. BLUME & CO.

HAMBURG